

– Mir ist in der Tat etwas Falsches aufgeschrieben worden.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Meine Damen und Herren, die jetzt „Oh“ schreien: Es ist gelegentlich so, dass der Hauptausschuss auch Beratungsgegenstände der Fachausschüsse bekommt und dann auch federführend ist. Das wäre in diesem Hause nicht das erste Mal so.

Aber in der Tat steht in der ausgedruckten Tagesordnung eine andere Überweisungsempfehlung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** auf Behandlung der Volksinitiative **Drucksache 14/1633** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend – sowie mitberatend an den **Haushalts- und Finanzausschuss** und den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das hört sich schon besser an!)

Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schliesse den Tagesordnungspunkt 1.

Wir kommen zu:

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/1700 – 14/1706, 14/1708,
14/1710 – 14/1715, 14/1720

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Drucksache 14/1101

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1717

zweite Lesung

Wir **setzen** die unterbrochene **Haushaltsberatung fort**.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Wir stimmen jeweils nach Beendigung der Beratung über den Einzelplan ab. Liegen Änderungsanträge zu einem Einzelplan vor, wird natürlich zunächst über diese Änderungsanträge abgestimmt und dann über den – gegebenenfalls geänderten – Einzelplan.

Wir haben darüber hinaus die Vereinbarung getroffen, dass wir zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen durchführen. Sie werden nach der Mittagszeit nachgeholt.

Nach dieser langen Vorrede, meine Damen und Herren, rufe ich nun **Einzelplan 15** auf:

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

mit den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, „Frauen“ und schließlich „Integration und Eine-Welt“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1715, auf die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD Nrn. 51 bis 67 der Tischvorlage – Neudruck – und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Nrn. 68 bis 84 der Tischvorlage – Neudruck – hin. Der Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 125 ist entfallen, da er mit der laufenden Nr. 80 in Drucksache 14/1830 – Neudruck – identisch ist. Das hört sich alles sehr kompliziert an; aber Ihre Parlamentarischen Geschäftsführer haben das alles im Griff.

Ich eröffne die Beratung und rufe den **Teilbereich „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“** auf.

Als erster Rednerin erteile ich Frau Altenkamp, SPD-Fraktion, das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal noch einige Worte zu den Anträgen der SPD-Fraktion sagen: Soweit es um den Landesjugendplan geht, wird – wie schon unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt – deutlich, dass wir eine Steigerung um 21 Millionen € auf dann wieder 96 Millionen € wollen. Warum? Das ist für uns völlig klar: Das ist das, was an uns an Ansprüchen gestellt wird nach dem Motto „Wort halten“.

Was wollen wir damit erreichen? Wir wollen die Qualität der Angebote sichern. Wir wollen die Infrastruktur erhalten und zukunftsfest machen. Wir wollen die Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ermöglichen, und wir wollen erprobte Felder der Jugendarbeit festigen und verstetigen. Viele von Ihnen hier im Saal wissen es: Die geschlechtsspezifische und geschlechtsbewusste Jugendarbeit ist zum Beispiel ein Feld, das mir sehr am Herzen liegt.

Zum GTK-Bereich: Da wollen wir die Sachmittelpauschale anheben. Auch das fällt für uns ganz selbstverständlich unter das Motto „Wort halten“. Es gibt nach unseren Vorstellungen ein letztes beitragsfreies Kindergartenjahr, um Kinder besser zu fördern und Defizite im Übergang zur Schule besser aufzuarbeiten.

Ich muss ganz offen sagen: Da haben wir innerhalb der Sozialdemokraten nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch bundesweit, dazugelernt. Wir sagen heute: Wir wollen, dass alle Kinder gleichermaßen in den Kindertageseinrichtungen landen. Deshalb ist uns mittlerweile klar, dass es auf lange Sicht darauf ankommen wird, den Kindergarten beitragsfrei zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Wir reden nicht nur, sondern wir handeln bei der Verbesserung der Betreuung im U3-Bereich. Nicht zuletzt durch die Beratungen der großen Koalition auf Bundesebene tut das in diesem Bereich besonders Not. Denn eines ist doch klar: Wenn das Elterngeld kommt – wie es aussieht, wird es kommen –, wird der Druck im U3-Bereich deutlich erhöht. Im Grunde genommen kann man sogar sagen, dass der Druck im U2-Bereich deutlich erhöht wird. Denn wir reden beim Elterngeld über zwölf beziehungsweise 14 Monate. Dann werden viele Eltern auf die Kindertageseinrichtungen zukommen und sagen: Wir brauchen eine Betreuung für unsere Kinder.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete Altenkamp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Papke?

Britta Altenkamp (SPD): Im Moment nicht. Vielleicht zum Ende.

Wir wollen mit unseren Anträgen bei der Familienhilfe und der Familienbildung die Angebote für die Eltern erhalten, die sie in die Situation versetzen, ihrer Erziehungsaufgabe nachzukommen. Wir wollen ihre Erziehungskompetenz stärken und stützen. Gerade mit Blick auf die Verzahnung der Angebote mit den Kitas ist eine Finanzierung speziell dieser Bereiche, der Elternbildung und der Elternberatung, ganz dringend geboten. Denn es bringt überhaupt nichts, das alles an die Kita anzufanschen, das aber auf niedrigstem Niveau. Davon haben weder die Eltern noch die Kinder in Nordrhein-Westfalen etwas.

Wir haben die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in unseren Haushaltsanträgen zum Schwerpunkt gemacht und dazu auch eine Gegenfinanzierung angeboten. Meine Damen und Herren, es ist schon abenteuerlich, dass ich mir gerade vom zuständigen Minister anhören muss, dass der Haushalt schon im Februar verabschiedet worden wäre, wenn dieses lästige Parlament nicht wäre. Das muss ich mir von einem Minister sagen lassen, dessen Fraktion im Fachausschuss nicht einen einzigen Antrag vorgelegt hat!

(Beifall von der SPD)

Wir haben die Anträge letztlich im Haushalts- und Finanzausschuss eine Stunde vor Sitzungsbeginn bekommen. Das nenne ich nun wirklich gute, vertiefte parlamentarische Beratung, die Sie uns da ermöglichen. Vor diesem Hintergrund, Herr Laschet, habe ich den Eindruck, dass Ihre Koalition einer zügigen Verabschiedung des Haushaltes mehr im Wege steht als dieses Parlament und sein Verfahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was zeigen die sogenannten Änderungsanträge der CDU und der FDP? Sie zeigen sich unbeeindruckt von den Volksinitiativen zum Landesjugendplan. Sie nehmen den Trägern und den Verbänden die Möglichkeit, ihre Arbeit qualitativ weiterzuentwickeln. Sie bringen die Träger und Verbände insbesondere in finanzschwachen Kommunen unter Druck; denn wegfallende Landesmittel werden wegfallende kommunale Mittel zur Folge haben.

Dann legen Sie neben dem Landesjugendplan und damit auch neben dem Jugendfördergesetz

ein Sonderprogramm auf. Reden wir jetzt einmal über Trickereien: Herr Laschet, der Haushalt wird im Mai verabschiedet. Ihren Anträgen ist bis heute nicht zu entnehmen, wie das Antragsverfahren laufen soll: Wird der örtliche Jugendhilfeträger da miteinbezogen, ja oder nein? So oder so ist eines klar: Sechs Wochen vor der Sommerpause legen Sie diesen Haushalt und dieses Sonderprogramm in dem klaren Wissen auf, dass es nicht abgerufen werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Ein Schelm, der dabei Übles denkt!

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Altenkamp, Herr Papke hat Ihren Hinweis aufgegriffen und einen zweiten Versuch gestartet, eine Zwischenfrage zu stellen.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Papke, es wird Ihnen durch ständiges Versuchen nicht gelingen, meinen Redefluss zu stoppen. Wenn das Ihr Ziel ist, dann lassen Sie es.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay. Damit ist dieser Wunsch offenbar abgelehnt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war Ihr parlamentarischer Brauch!)

Britta Altenkamp (SPD): Lassen Sie mich jetzt darauf zu sprechen kommen, was dieses Sonderprogramm möglicherweise auch noch soll: Schaut man in Ihre Antragsbegründung für dieses Sonderprogramm, wird eine derart starke Schulfixierung offensichtlich, dass ich mich wirklich fragen muss, warum Sie die 4,5 Millionen € nicht gleich an den Schuletat überwiesen haben.

(Beifall von der SPD)

Das ist Ihre Haltung, Herr Minister, die heute überaus deutlich geworden ist: Sie haben gar kein Interesse an einem eigenständigen Feld Kinder- und Jugendarbeit.

(Beifall von der SPD)

Das ist das Problem.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Unverschämt!)

Wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, wie Sie Kinder- und Jugendarbeit definieren und was Sie tatsächlich von der Kinder- und Jugendarbeit halten, und wenn man sich dann zur Krönung noch die Antwort auf die Kleine Anfrage anschaut

und das hört, was Sie heute zur Bewirtschaftung des Landesjugendplans gesagt haben, dann wird deutlich, Herr Minister: Es gibt in diesem Parlament jedenfalls in Ihrer Koalition und Ihrer Regierung durch Sie keine Lobby für Kinder- und Jugendarbeit.

(Beifall von der SPD)

Sie verschieben den Elternbeitragsdefizitdeckungsausgleich auf den Beginn des Kindergartenjahres im August. Herzlichen Glückwunsch, dass Sie schon entdeckt haben, dass das Kindergartenjahr im August beginnt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Das zeigt, wie wenig durchdacht Ihre Formulierungen und Ihre Haushaltsvorschläge tatsächlich waren.

Ein letzter Punkt noch: Sonderprogramm „Frühe Förderung von Kindern“. Wieder so ein Sondertopf, wieder so ein Beitrag zur Entbürokratisierung und wieder so ein Trostpflaster! Dabei ist der Begründung Ihres Antrags überhaupt nicht zu entnehmen, welche Einrichtungen in den Genuss der Mittel kommen können. Welches Verfahren gibt es, um sich zu bewerben? – Heiße Luft!

Und auch hier bekommt man den Verdacht, dass die Mittel überhaupt nicht wirklich bereitstehen, sondern dass sie nur zur kurzfristigen Beruhigung der Szenerie dienen sollen. Am Ende des Jahres sagen Sie dann: Seht her, die Mittel wurden gar nicht gebraucht, da sie gar nicht abgerufen worden sind!

Lassen Sie mich noch eine politische Bewertung dessen vornehmen, was sich in diesem Land durch Ihre Regierungsübernahme in der Tat verändert hat. Verlierer sind in diesem Land die Kinder, die Jugendlichen und die Familien.

(Beifall von der SPD)

Durch Ihren Haushalt, Herr Minister, ist offensichtlich geworden: Dieser Minister ist heute – auch nach einem Jahr – kein Kinder- und Jugendminister.

(Beifall von SPD und Andrea Asch [GRÜNE])

Ihnen fehlt jede Sensibilität und jedes Verständnis für die Inhalte der Kinder- und Jugendarbeit. Er wird flankiert durch eine ebenso ahnungslose CDU-Fraktion. Und die FDP, insbesondere Herr Lindner, hat alle Kredite verspielt, weil Sie wirklich an keiner Stelle Ihre Ankündigungen in diesem Politikfeld durchsetzen konnten.

(Beifall von der SPD)

Sie, Herr Lindner haben bewiesen: Wer sich auf Sie verlässt, ist letztlich verlassen.

Und das dicke Ende kommt ja noch: Dieser Minister schickt sich an, eine GTK-Novelle zu beginnen. Da kann ich nur sagen: Da kann einem nur angst und bange werden. Denn wie wollen Sie, Herr Minister, bei der Performance, die Sie bei diesem Haushalt hatten, verhindern, dass es da zu einer Sparnovelle kommt und letztlich Herr Linssen als Finanzminister entscheidet, von welcher Qualität die Kindertageseinrichtungen hier in Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Letztes – ich muss zum Schluss kommen! Sie haben zum Beispiel im Bereich gleichgeschlechtliche Lebensweisen Ihre komische Vorstellung von Gerechtigkeit noch einmal vorgeführt, indem Sie gesagt haben: Mit unseren Anhebungen werden sie dann gleich behandelt wie alle anderen. – Glauben Sie allen Ernstes, dass Ihnen nach diesem Sparkurs, den Sie ursprünglich vorhatten, noch irgendjemand glaubt, dass Sie dieses Politikfeld ernst nehmen und dass Ihnen das wichtig ist? So ist es eben nicht.

(Beifall von der SPD)

Am Ende kann man einfach nur sagen: Diese Landesregierung stellt keine Lobby für Kinder und Jugendliche in diesem Land dar. Das werden Sie bitter, bitter bereuen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

21 Sekunden habe ich noch für die Frage von Herrn Papke.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun kommt Herr Papke zu seiner Chance. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie mir jetzt doch noch Gehör schenken. Ich möchte Sie bitten, dem Parlament darzulegen ... Oder – um es in eine Frageform zu kleiden –: Meinen Sie nicht, es wäre angebracht, dem Parlament darzulegen, warum Sie hier gerade vollmundig ein beitragsfreies Kindergartenjahr fordern und das in Jahrzehnten Ihrer Regierungsverantwortung nicht realisiert haben und

(Zurufe von der SPD)

eine entsprechende Initiative der FDP-Fraktion noch im vorigen Jahr abgelehnt haben?

(Ursula Meurer [SPD]: Dann können Sie ja jetzt zustimmen! – Zuruf von der SPD: Das ist eine Frage der Weiterentwicklung! – Weitere Zurufe)

Könnten Sie dem Parlament und der staunenden Öffentlichkeit bitte darlegen, wie Sie das, was Sie selber in der Regierungsverantwortung noch vor wenigen Monaten abgelehnt haben, jetzt als Forderung populistisch in den Raum stellen können? Wären Sie so nett, Frau Kollegin?

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Papke, die Forderung ist ganz und gar nicht populistisch und auch gar nicht populistisch gemeint. Ich habe in meinem Redebeitrag deutlich gesagt, dass wir da gelernt haben als Partei, als Sozialdemokraten,

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

dass wir – anders, als Sie das hier oft präsentieren – tatsächlich in der Lage sind, weitere Positionen zu entwickeln und zu neuen, anderen Erkenntnissen für uns zu kommen.

Herr Papke, eines will ich Ihnen sagen: Diese Frage fällt doch auf Sie zurück!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Welcher Charakter steht denn dahinter? Sie stellen sich doch hier hin und unterstellen uns, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Herr Papke, was machen Sie denn? Wo ist denn Ihr Antrag für ein beitragsfreies Kindergartenjahr hier und jetzt in diesem Jahr?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Kastner von der CDU-Fraktion.

(Zuruf von Parl. Staatssekretär Manfred Palmén – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD] – Erneut Zuruf von Parl. Staatssekretär Manfred Palmén – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Landesregierung hat sich ruhig zu verhalten!)

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 15, den wir im Moment beraten, hat schon zu heftigen Diskussionen geführt, bevor er ganz aufgeschrieben war.

Sie haben uns von Anfang an, meine Damen und Herren der Opposition, Wortbruch und Verfälschung des Wählerwillens vorgeworfen. Zu dem Zweck haben Sie immer wieder Reden von Herrn Rüttgers bemüht; Sie haben unsere Reden bemüht. Ich muss feststellen: Sie haben dabei nur das ausgesucht, was Ihnen gerade in den Kram gepasst hat und was Ihnen zufällig gedient hat.

(Ursula Meurer [SPD]: Und Sie machen das anders?)

Eines haben Sie immer vergessen: Dass wir im Wahlkampf, wann immer wir aufgetreten sind und gesagt haben, was wir nach der Wahl tun wollen, gesagt haben: Ziel unserer Politik ist die Sanierung des Haushaltes. – In diesem Sinne haben wir die Haushaltsberatungen durchgeführt – auch im Fachausschuss. Ich kann Ihnen deutlich sagen: Eine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung war das nicht.

Aber lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum Thema „Wortbruch und Verlässlichkeit“ sagen: Ich glaube, meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sollten ein bisschen ruhiger sein und einmal in den Spiegel beziehungsweise in die alten Aufzeichnungen gucken.

Am 18. Januar dieses Jahres – Frau Altenkamp hat das gerade noch einmal betont – hat Frau Kollegin Koschorreck gesagt: Wir treten ein für den Besuch des letzten Kindergartenjahres als beitragsfreies Jahr.

Am 10. April 2003 hat Frau Schäfer in diesem Haus zu dem Thema gesprochen und hat gesagt:

„Es ist sicherlich populär, die Forderung nach einer finanziellen Entlastung der Eltern zulasten des Staates zu erheben. ... Aber ohne ein verlässliches Finanzierungskonzept“

– ich sage noch einmal: ein verlässliches Finanzierungskonzept –

„- und damit rede ich über die gesamte Bildungsfinanzierung“ –

– man höre auch dort genau hin! –

„sind solche Forderungen nicht seriös ... und nicht ... zu diskutieren.“

Ich erwähne eine Geschichte zum Thema Gruppengröße. Dazu stand in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün für die Zeit 1995 bis 2000 auf Seite 60: Eine Anhebung der Gruppengröße in Tageseinrichtungen lehnen wir ab.

(Christian Lindner [FDP]: Ja!)

Es machte Ihnen aber überhaupt nichts aus, 2003 im Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen die Möglichkeit zu schaffen, die Gruppen um fünf Kinder zu vergrößern.

Jetzt zitiere ich als krönenden Abschluss Frau Koczy, die früher Sprecherin der Grünen für den Fachbereich war und heute im Bundestag sitzt und zu den Haushaltsberatungen 2004 Folgendes sagte:

„Es ist immer einfach, in der Opposition zu sagen: Dieser Bereich ist wichtig, da kürzen wir überhaupt nicht. – Das schafft Sympathie. Aber als Partei der Regierungsverantwortung können wir eben nicht aus dem Vollen schöpfen. Wir müssen gucken, wo die Einnahmen herkommen. Ich stehe hier als Mitglied der Regierungsfraktion,“

– so Frau Koczy –

„die einen Gesamthaushalt mit all seinen komplexen, zum Teil schwierigen Facetten zu verantworten hat, einen Haushalt mit einer enormen Verschuldung, mit einer erdrückenden Zinslast und fast uferlos anwachsenden Pensionskosten.“

Meine Damen und Herren, die Lage hat sich nicht verändert. Ich wiederhole es vielleicht zum zwanzigsten Mal in diesen Haushaltsberatungen: Nordrhein-Westfalen hat immer noch 113 Milliarden € Schulden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Gestern waren es nur 110 Milliarden! Jetzt sind es schon 113 Milliarden!)

Der Finanzminister geht jeden Morgen in sein Büro und überweist mehr als 13 Millionen € Zinsen an die Banken.

(Hannelore Kraft [SPD]: Jeden Morgen?)

Nur von diesen Zinsen pro Tag könnten wir jeden Tag zwei Schulen oder vier Kindergärten bauen. Ich kann auch sagen: Wenn wir zwei Tage die Zinsen nähmen, hätten wir das Geld für den Landesjugendplan. Wir können es auch noch anders sagen: Jeder Säugling in Nordrhein-Westfalen, der seinen ersten Schrei tut, hat 6.100 € Schulden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Da hilft nur eines: Umsteuern! Wir fangen in diesem Haushalt an. Wenn Sie behaupten, wir steuerten um auf dem Rücken der Kinder oder wir machten einen sozialen Kahlschlag, so ist das meiner Meinung nach mehr Demagogie als Wahrheit.

Ganz im Gegenteil! Wir sagen ganz deutlich: Kinder stehen im Mittelpunkt. Das möchte ich Ihnen auch immer wieder sagen: Alle Haushalte aller Budgets sollten 20 % einsparen. Es gibt nur zwei Ausnahmen. Der eine Bereich ist die Schule mit 2,4 % Steigerung. Der andere Bereich ist der Bereich Generationen, der nur die Hälfte dieser erforderten Sparsumme zu erbringen brauchte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Kastner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kraft?

Marie-Theres Kastner (CDU): Nein, das tue ich im Moment nicht.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Dass die Steigerung im Schulbereich auch Kinder und Jugendliche betrifft, sei auch hier noch einmal in Erinnerung gerufen. 260 Millionen € mehr für Kinder und Jugendliche im Gesamthaushalt – ich denke, das ist eine positive Bilanz.

Bleiben wir beim Fachbereich! Ich erwähne es noch einmal: 18,6 Millionen € Sprachförderung, was mehr als eine Verdoppelung ist, der Fortbestand der Horte, die dank Rot-Grün heute alle weg wären, der Start für die Familienzentren und die Halbierung der Kürzungen für den Familienberatungsdienst genau unter diesem Blickpunkt, dass wir lange Warteschlangen vermeiden wollten, die Steigerung im Bereich Kindergarten um 40 Millionen €, davon 23 Millionen € für frühkindliche Bildung,

(Hannelore Kraft [SPD]: Alles potemkinsche Dörfer!)

und 4,5 Millionen € für ein Sonderprogramm Jugend in sozialen Brennpunkten. Ich glaube, nach den Ausführungen des Ministers können wir sehr deutlich sagen: Diese Mittel werden ziel- und treffsicher eingesetzt werden können.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Bereiche besonders erwähnen. Das ist einmal der Kindergartenbereich. Sie sagen, dass unsere Minder Ausgaben die Qualität der Kindergärten bei der Umsetzung des Bildungsauftrags verschlechterten und das zu einer Katastrophe führe. Diese Behauptung kann nicht richtig sein. Denn wenn wir richtig nachrechnen, haben wir die finanziellen Aufwendungen pro Kind um 158 € gesteigert. In der gesamten Republik gibt es meines Wissens keine höheren Aufwendungen für Kinder.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben noch keine Pro-Kopf-Kofinanzierung! Das wissen Sie doch genauso gut wie wir!)

– Frau Kraft, damit Sie sich beruhigen können, möchte ich Ihnen noch ein Zitat vorlesen, das aus dem Protokoll des Fachausschusses vom 27.11.2003 stammt.

„Angesichts eines Volumens von fast 1 Milliarde € müssten Überlegungen erlaubt sein, wie über einen Zeitraum von ein, zwei Jahren ein Einsparpotenzial im GTK-Bereich realisiert werden könne. Wer den Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsauftrag des Kindergartens nicht antasten wolle, müsse den Sachkostenbereich einer kritischen Prüfung unterziehen. Dies werde aber nicht zur Folge haben, dass Einrichtungen geschlossen werden müssten oder in Gefahr gerieten.“

So Bernd Flessenkemper, SPD-Sprecher, zum damaligen Haushalt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Daran ist nichts falsch!)

– Dann ist die Weiterführung des sogenannten Solidarbetrags auch nicht falsch, Frau Kraft.

(Carina Gödecke [SPD]: Das war das Jahr 2003!)

– Wir haben noch mehr Schulden, Frau Gödecke. Zum Landesjugendplan 2003 zitiere ich Herrn Flessenkemper aus dem gleichen Ausschussprotokoll aus:

„Seine Fraktion stelle sich der Kritik, die auf die Förderzusagen, die in der Vergangenheit gemacht worden seien, abhebe. Die Jugendpolitik habe ihre Entscheidungen allerdings nie leichtfertig, sondern immer mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein getroffen. Von dieser Linie werde man auch in diesem Jahr nicht abweichen. Nicht vergessen dürfe man, dass Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich nach wie vor eine hervorragende Position einnehme. Und wer angesichts eines Fördervolumens, das möglicherweise auf 70 Millionen € abgesenkt werde, von einer Förderung spreche, die gegen null tendiere, sei nicht mehr ernst zu nehmen.“

Frau Altenkamp, Sie sollten sich auch solche Äußerungen noch einmal zu Gemüte führen, bevor Sie uns hier fehlende Ernsthaftigkeit und mangelndes Verantwortungsbewusstsein vorwerfen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion haben sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir tun uns schwer, unsere Vorstellung von einer Politik für junge Menschen nicht so umsetzen zu können, wie wir es gern möchten. Aber die uns hinterlassene Schuldenlage lässt leider nichts anderes zu.

Jahrelang haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die Sparbemühungen Ihrer eigenen Regierung immer wieder torpediert. Kam es zu Protesten von Betroffenen, wurden die Sparmaßnahmen einkassiert. So wurden es Jahr für Jahr mehr Schulden.

Damit muss endlich Schluss sein. Gerade als Jugendpolitikerin und Kinderpolitikerin mit Leib und Seele stehe ich für diese Umsteuerung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber Sie haben Schulden nicht abgebaut, sondern draufgelegt!)

Wir müssen endlich aufhören, die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu verfrühstücken. Für die nachfolgenden Generationen, nicht für uns heute, müssen wir weg von diesen Schulden, damit sie und wir wieder gestalten können.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja! Aber Sie legen doch welche drauf! – Weiterer Zuruf von der SPD: Sie machen doch mehr!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie noch einen kurzen Schlusssatz zu. Ich habe drei Enkelkinder. Eines von ihnen kann bereits sprechen. Immer wieder fragt es mich: Oma, wo fährst Du eigentlich hin? – Dann erzähle ich ihm natürlich, wo ich hinfahre, nämlich nach Düsseldorf. Ich möchte nicht – das sage ich ganz ernsthaft –, dass dieses Kind, wenn es einmal älter ist, mich fragt: Was hast du da eigentlich in Düsseldorf gemacht? Wofür muss ich büßen?

Deshalb lassen Sie uns diesen steinigen Weg gehen. Es gibt dazu keine Alternative. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Dann müssen Sie diesen Haushalt ablehnen, Frau Kastner!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich erzähle Ihnen jetzt keine Geschichte von meinen drei Kindern zu Hause, sondern ich steige sofort in die Beratung des Einzelplans 15 ein. Dieser Einzelplan ist nämlich das Kernstück des Haushalts, wenn man die Regierung ernst nimmt, die sagt: Wir machen Kinder- und Jugendpolitik sowie Familienpolitik zum Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit. – Damit ist dieser Einzelplan, in dem die Summen für diese Arbeit festgelegt werden, sozusagen der Kern und der Schwerpunkt dieses Haushalts.

Wir nehmen an diesem Haushalt aber wahr, dass Kinder, Jugendliche und Familien nicht zum Schwerpunkt der Politik, sondern zum Schwerpunkt der Kürzungen gemacht werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die bittere Realität ist, dass im Jahr des Kindes, das der Herr Ministerpräsident ausgerufen hat, gerade bei den Kindern am stärksten gekürzt wird. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier, wie so oft bei dieser Landesregierung, meilenweit auseinander.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Öffentlichkeit, die Bürgerinnen und Bürger, werden systematisch getäuscht. Ihnen werden mit neuen Konzepten und wohlklingenden Worten die Segnungen der neuen Familienpolitik verkauft. Es werden neue Leistungen versprochen, während die bestehenden Leistungen hinterrücks gestrichen und gekürzt werden.

Wir können das für alle Bereiche durchdeklinieren. Fangen wir bei den Kindertagesstätten an! CDU und FDP haben im Wahlkampf versprochen, dass sie hier mehr drauflegen werden. Das komplette Gegenteil passiert. Jetzt müssen die Kindertagesstätten Einsparungen von 150 Millionen € verkraften.

(Minister Armin Laschet: Das wird ja immer mehr!)

Viele Träger haben bereits erklärt, sie könnten das nicht schultern. Sie müssen Einrichtungen und Gruppen schließen. Genau diese Kindertagesstätten sollen jetzt zum Kern, zum Nukleus der neuen Familienzentren werden.

Wie soll das denn zusammengehen, Herr Laschet? Wie können Sie den Kindertagesstätten zusätzliche Leistungen abverlangen, wenn Sie ihnen sozusagen die Basis wegekürzen und sie schier ums Überleben kämpfen müssen? Der gesamte Aufbau der Zentren, die spätere Koordination und Vernetzung der beteiligten Einrichtungen – das alles soll von den Kindertagesstätten aus geleistet werden.

Ich nehme an vielen Veranstaltungen in diesem Lande teil, in denen über die Familienzentren gesprochen wird. Wenn wir an den Punkt kommen, dass sie all das aus ihren eigenen Ressourcen heraus durch die Einrichtungsleitungen leisten sollen, brechen die anwesenden Erzieherinnen und Erzieher jedes Mal in Hohn Gelächter aus, denn das geht an der Realität in den Kindertagesstätten völlig vorbei. Herr Minister, das, was Sie da verlangen, zeigt, dass Sie auch nicht den

Hauch einer Ahnung von der Realität vor Ort haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle Praktikerinnen und Praktiker – sogar das Deutsche Jugendinstitut – sagen, dass wir mehr Ressourcen für die Kindertagesstätten brauchen, um diesen zukünftigen Aufbau der Familienzentren auch leisten zu können.

Bei der Familienbildung geht es weiter. Auch sie soll ein Baustein der Familienzentren werden. Auch hier wird gekürzt. Lebenslanges Lernen – Fehlanzeige! Bessere Erreichbarkeit für bildungsferne Schichten – Fehlanzeige! Es ist sogar so, dass immer weniger Familien in der Lage sind, die Angebote wahrzunehmen. Die armen Familien können sie sich nämlich überhaupt nicht mehr leisten, da die Beiträge ständig steigen, damit die Angebote überhaupt aufrechterhalten werden können.

Kommen wir zum dritten Bereich: der Familienberatung. Sie soll niedrigschwelliger werden. Mehr Familien sollen erreicht werden. Immerhin hat der Herr Minister in den Ausschussberatungen verstanden und zugegeben, dass dann selbstverständlich auch die Fallzahlen steigen und man mehr Personal braucht.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

– Herr Solf, schauen Sie sich einfach die Wartelisten an – Sie kennen das –, die wir in den Familienberatungsstellen jetzt schon haben. Das heißt, sie müssen nicht nur die Kürzungen verkraften, die ihnen durch die Landespolitik zugemutet werden, sondern auch diejenigen, die sie durch die kommunale Finanzierung schon jahrelang zu erleiden haben. Herr Lindner, auch deswegen haben Sie vorgestern auf dem Podium Buhrufe geerntet, als Sie vorgeschlagen haben, die Kommunen mögen jetzt, da die Finanzierung vonseiten des Landes ausbleibt, einsteigen und mehr für die Familienberatungsstellen drauflegen. Das ist realitätsfern, und das wissen Sie genau.

Herr Minister Laschet, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen: Wenn Sie wollen, dass die Familienzentren nicht zu Rohrkreierern, sondern wirklich zu einem Erfolg werden, sorgen Sie dafür, dass alle Bereiche – Betreuung, Kindertagesstätten, Familienbildung und Familienberatung – finanziell gut ausgestattet werden. Nehmen Sie Ihre Kürzungen in vollem Umfang zurück. Sonst machen Sie die gute Idee der Familienzentren kaputt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt weitere Ankündigungen der Landesregierung, auf deren Umsetzung wir vergeblich warten. Das ist schon angesprochen worden: Es handelt sich um die Betreuungsplätze, um die Infrastruktur für die unter Dreijährigen, also für die Kleinen. Wir wissen genau – auch der Herr Minister weiß es genau, weil er es von hier aus bei verschiedenen Gelegenheiten formuliert hat –, dass den Familien hier der Schuh am meisten drückt.

Das ist notwendig. Wir führen bundesweit eine Diskussion über das Elterngeld. Wir wissen aber genau, dass die Eltern den Bedarf bei der Betreuung haben. Sie wollen wissen, wo sie ihre Kinder betreuen lassen, wenn sie nach einem Jahr Pause wieder ihrer Berufstätigkeit nachgehen. In dem jetzigen System haben wir eine Lücke, die zwei Jahre umfasst. Dort muss nachgebessert werden. Wir brauchen einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, und wir brauchen auch eine gute Ausstattung, damit die Kommunen und die Kindertagesstätten hier mehr Plätze ausbauen und schaffen können. Das können sie jedoch nicht, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht.

Trotz aller Beteuerungen haben Sie von den Mehrheitsfraktionen die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Oder, was noch schlimmer ist: Sie streichen wider besseres Wissen bei den Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Diese Zukunftsaufgabe heißt, bessere Bedingungen für Kinder und Familien zu schaffen. Sie sägen mit Ihrer Politik den Ast ab, auf dem wir alle sitzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch die geringen Summen – diese Trostpflasterchen –, mit denen jetzt nachgebessert wird, und alles Schönreden nützen nichts. Das, was Sie da machen, ist reine Kosmetik.

Nehmen wir uns einmal diese 40 Millionen € vor. Dass das Sonderprogramm, das mit 23 Millionen € ausgestattet ist, überhaupt nicht abgerufen werden kann, weil es nur ein halbes Jahr zur Verfügung steht, ist schon vermehrt gesagt worden.

(Christian Lindner [FDP]: Können Sie einmal die Förderrichtlinien erläutern?)

– Herr Lindner, Sie haben 40 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt. 10 Millionen € gehen in diese genannte Bugwelle. Das heißt, das sind Altlasten. Die hätte der Herr Minister, wenn er den Haushalt auf seriöse Weise aufgestellt hätte, im Grunde schon berücksichtigen müssen. Die können wir also schon einmal abschreiben. Dann ist Ihnen ein bisschen zu spät aufgefallen, dass das Kindergartenjahr einen Monat länger dauert. Auch das ist ein grober handwerklicher Fehler.

Es bleiben also 23 Millionen € für das Sonderprogramm übrig, von dem hier alle wissen, dass es niemals abgerufen wird. Ich kann Ihnen sagen, dass ich meine Kleine Anfrage jetzt schon vorbereite und wir am Ende des Jahres sehen werden, wie viel von diesem Geld den Trägern tatsächlich zugute kommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Asch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lindner?

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, gern, Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Frau Asch. – Da Sie hier infrage gestellt haben, dass das 23-Millionen-€-Sonderprogramm verausgabt werden könnte, möchte ich Sie fragen, ob Sie dem Parlament die Förderrichtlinien dieses Sonderprogramms erläutern könnten, damit wir alle nachvollziehen können, wie Sie zu dieser Meinung kommen.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Lindner, Sie sind ja eigentlich ein alter Hase in dem Geschäft. Das Interessante ist: Die Richtlinien müssen jetzt Sie machen. Wir haben nachgefragt, nach welchen Kriterien das vergeben wird. Da kam überhaupt nichts. Offenbar müssen Sie das erst stricken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe das Sonderprogramm nicht gemacht, Herr Lindner, sondern, mit Verlaub, Sie haben das gemacht. Ich hätte, wenn ich etwas dazu getan hätte, das mit einem Gesamtansatz ausgestattet und nicht mit irgendwelchen dubiosen Sonderprogrammen, von denen Sie genau wissen, dass sie niemals dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Das zu Ihrer Frage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Perfide an diesem Sonderprogramm ist, dass Sie hinterher wieder genauso argumentieren werden, wie der Minister es eben beim Jugendförderplan gemacht hat: Die Gelder werden nicht gebraucht; sie sind ja gar nicht abgerufen worden. – Damit schaffen Sie aus Ihrer Machtposition heraus eine Realität, die diejenigen, die die Arbeit vor Ort machen, dann ausbaden müssen.

Sie bemühen immer wieder – das ist vorhin ja auch wieder von Frau Doppmeier und Frau Kastner gemacht worden – das stereotype Argument, Sie müssten den Haushalt für die nachfolgenden Generationen sanieren.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Ich muss Ihnen sagen: Als Grüne wird mir, wenn ich das aus Ihrem Mund, vor allem aus dem Mund der FDP höre, speiübel. Das ist ein Grundsatz, der von uns Grünen immer wieder formuliert wird. Der verkommt bei Ihnen zur reinen Rhetorik und wird von Ihnen instrumentalisiert für Ihre falsche Politik der Kürzungen.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch bei CDU und FDP)

Wenn Sie sich um die Zukunft sorgen würden, dann würden Sie tatsächlich auch mit den Folgekosten Ihrer Politik rechnen. Denn Sie wissen genau, dass Sie mit diesen Kürzungen zukünftige Haushalte und damit genau diese Zukunft belasten. Ich lese Ihnen dazu etwas vor, was Herr Rüttgers gesagt hat, als er noch Oppositionspolitiker hier im Hause war. Er hat das nämlich genauso gesehen. Er hat im Jahre 2004 gesagt:

Wer heute bei Kindern und Jugendlichen kürzt, muss morgen in Heimerziehung und Gefängnisse investieren.

Genau das ist die Wahrheit. Recht hatte er, der Mann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber wie schon beim Landesjugendplan gilt das für die gesamte Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen: Sie erheben quasi den Wortbruch zur sportlichen Disziplin, und Sie haben gute Chancen, sich dabei um den Weltmeistertitel zu bewerben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers aus dem Jahre 2004:

„Wer bei Kindern und Jugendlichen kürzt, spart konzeptionslos, weil er an der Zukunft des Landes spart.“

Meine Damen und Herren, Jürgen Rüttgers' Aussage gilt auch heute noch. Er hat sich damit sein eigenes Urteil ausgestellt: Sie agieren hier konzeptionslos. Sie wollen Nordrhein Westfalen zum kinderfreundlichsten Land in der Bundesrepublik machen. Ich fordere Sie auf, Herr Rüttgers und Herr Laschet: Fangen Sie doch endlich damit an! Das erste Jahr Ihrer Regierungstätigkeit war in dieser Hinsicht ein Fehlstart auf der ganzen Linie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für

die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort.

(Hannelore Kraft [SPD]: Jetzt räumen Sie doch mal ein, dass Sie mehr wollten, Herr Lindner!)

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe ja Verständnis für eine sportliche Auseinandersetzung hier im Plenum. Ich habe auch Verständnis dafür, dass Sie kritisieren, dass die Regierungsfractionen einen strategischen Perspektivwechsel von der Jugendhilfe hin zur Schulpolitik vollzogen haben und dass wir deshalb etwa im Bereich des Landesjugendplans nicht die Gelder bereitstellen können, die wir vor der Landtagswahl als Jugendhilfepolitiker für sinnvoll und erforderlich gehalten hätten.

Dafür habe ich volles Verständnis. Aber Sie überziehen so stark, auch in dieser Haushaltsberatung, dass Sie nicht einmal mehr im Ansatz fachlich argumentieren.

(Beifall von der CDU)

Ich will Ihnen das am Beispiel des Landesjugendplans einmal belegen. Sie fallen hinter Ihren eigenen Kenntnisstand zurück. Sie hatten als Regierungsfractionen immer auf den Zusammenhang von Schule und Jugendhilfe hingewiesen. Jetzt in der Opposition betrachten Sie beide Bereiche, die beide Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen, völlig isoliert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein!)

Das, was im Bereich der Schule an Mehrausgaben geleistet wird, lassen Sie unerwähnt, wenn es jetzt um Konsolidierungsbeiträge im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik geht.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das ist nicht seriös. Man kann das ja bis in die Entwicklung des Landesjugendplans hinein verfolgen. Sie haben 96 Millionen € versprochen. Ob sie in den Haushalt eingesetzt worden wären, weiß heute niemand. Aber Sie haben 96 Millionen Euro versprochen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Von diesen 96 Millionen € haben Sie einen beachtlichen Anteil für die Kooperationsprojekte Schule und Jugendhilfe bereitgestellt. Auf der anderen Seite wollten Sie 250 Sozialpädagogen in den Schulen in diesem Jahr nicht mehr weiter beschäftigen.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben es anders gemacht. Wir haben die 250 Sozialpädagogen, die in den Schulen schon gearbeitet haben, dort belassen und weiter finanziert, aber eben die Mittel für die Kooperation Schule und Jugendhilfe im Landesjugendplan reduziert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Schulsozialarbeit und Kooperation Schule/Jugendhilfe sind zwei unterschiedliche Dinge!)

Da kann man doch nicht sagen, dass wir eine Politik gegen Kinder und Jugendliche machten. Wir machen es vielleicht mit anderen Maßnahmen als Sie, aber mit Sicherheit mit besserem Erfolg.

(Beifall von FDP und CDU)

Man kann das auch an einer zweiten Stelle deutlich machen: offene Kinder- und Jugendarbeit. Plötzlich sind Sie von der rot-grünen Opposition die Lordsiegelbewahrer der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Totaler Quatsch!)

Dabei hat die SPD gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen anlässlich der Haushaltsberatungen 2004/2005 bereits in einem Änderungsantrag zum Doppelhaushalt angekündigt, dass die Mittel für die offene Jugendarbeit von damals 19 Millionen € bis 2007 innerhalb des Landesjugendplans auf 10 Millionen € reduziert werden und danach komplett auslaufen sollten zugunsten der Kooperationsmittel für Schule und Jugendhilfe.

(Britta Altenkamp [SPD]: Jetzt überziehen Sie!)

– Liebe Britta Altenkamp, das ist parlamentarisch dokumentiert. Ich habe auch Frau Löhrmann, weil sie hier Ähnliches behauptet hatte, diesen Änderungsantrag als Gedächtnisstütze für die 14. Wahlperiode einmal zugeleitet. Das ist also parlamentarisch belegt; das kann man hier nicht abstreiten. Das war genau das, was SPD und Grüne wollten.

Wir machen es anders. Wir verstärken im Kinder- und Jugendförderplan das Geld für die offene Kinder- und Jugendarbeit, um die jugendpolitische Infrastruktur zu sichern. Daneben sorgen wir außerhalb des Kinder- und Jugendplans dafür, dass auch sozialarbeiterische Tätigkeit etwa an den Hauptschulen möglich ist.

Was ich Ihnen nicht durchgehen lasse, ist, dass Sie das Sonderprogramm „Jugend in sozialen

Brennpunkten“ so einfach als Trostpflasterchen beschreiben

(Beifall von der CDU – Hannelore Kraft [SPD]:
Die Rücknahme der Kürzungen als Sonderprogramm zu bezeichnen, ist unglaublich!)

Das sind 4,5 Millionen €, die für Projekte etwa von Jugendeinrichtungen zur Verfügung stehen und der Verstärkung der Kooperation mit Schulen, der Ansprache von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, und letztlich auch der Sicherung jugendpolitischer Infrastruktur dienen.

(Zuruf von der SPD: Die gehören in den Landesjugendplan!)

– Ob die nun in den Landesjugendplan gehören oder nicht, das ist mir völlig gleichgültig. Den Einrichtungen vor Ort ist es auch egal, ob das Geld, das sie bekommen, aus dem Landesjugendplan kommt oder aus einem anderen Programm. Entscheidend ist, dass es den Kindern und Jugendlichen zugute kommt. Darum geht es doch.

(Beifall von FDP und CDU)

Dafür werden wir Sorge tragen. Sie sind herzlich eingeladen, Kleine Anfragen dazu zu stellen, wie denn der Kinder- und Jugendförderplan 2006 verausgabt wird. Das ist Ihr gutes Recht. Sie werden davon Gebrauch machen. Wir werden belegen: Wir werden das Geld, das eingeplant ist, besser und zielgerichteter für Kinder und Jugendliche aufwenden, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Gödecke?

Christian Lindner (FDP): Ja, natürlich!

Carina Gödecke (SPD): Herr Lindner, Sie und die anderen Redner der regierungstragenden Fraktionen haben so viel Wert auf die Verlässlichkeit und die Planbarkeit gelegt und deshalb dargestellt, dass ihre Verabredung, den Landesjugendplan in seiner gegenwärtigen Höhe von 75 Millionen € bis zum Jahr 2010 zu verstetigen, dies gewährleiste. Ich frage Sie vor dem Hintergrund der Aussage, die Sie eben gemacht haben, Ihnen sei egal, wo das Sonderprogramm lande, ob im Landesjugendplan oder außerhalb: Bedeutet das, dass Sie auch diese 4,5 Millionen € bis zum Jahr 2010 garantieren, oder ist das eine einmalige Operation? – Es ist schon ein Unterschied, ob das im oder außerhalb des Jugendplans geschieht.

Christian Lindner (FDP): Das ist eine fachliche Frage, die ich auch fachlich beantworten kann. Die Fraktionen haben eine politische Garantie für 75 Millionen € bis zum Jahr 2010 im Landesjugendplan gegeben. Die 4,5 Millionen € für das Sonderprogramm stehen zunächst im Haushalt 2006 zur Verfügung, allerdings mit dem klaren Ziel der Fachpolitiker, diesen Ansatz für die nächsten Jahre zu verstetigen, wenn er sich in diesem Jahr bewährt haben wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Kraft?

Christian Lindner (FDP): Ja, denn ich habe eben zwei abgelehnt. Deshalb lasse ich jetzt zwei zu. Bitte.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Kollege Lindner, mich würde interessieren, ob Sie allen Ernstes der Auffassung sind, bei den Trägern und bei den Kundigen in diesem Land – von den Bürgerinnen und Bürgern möchte ich gar nicht sprechen – damit durchzukommen, dass Sie die rudimentäre Rücknahme einer Kürzung als Sonderprogramm verkaufen wollen, wie Sie das hier wieder tun. Ich glaube, Sie unterschätzen damit die Auffassungsgabe der Fachkundigen und auch der Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Kollegin Kraft. Sie sprachen von den Kundigen. Zu denen gehören Sie offensichtlich nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie wüssten nämlich dann, dass wir innerhalb des Landesjugendplans, der 75 Millionen € vorsieht, den Ansatz für die offene Jugendarbeit, der direkt in die kommunalen Jugendhilfeeinrichtungen fließt, auf 25 Millionen € verstärkt haben – unbürokratisches Geld, das pauschal zur Verfügung steht. Dieses Programm, das außerhalb des Landesjugendplans etatisiert ist, aber mit den gleichen Förderrichtlinien verausgabt wird, wird genauso unbürokratisch vor Ort zur Verfügung stehen. Das steht in dem im Haushalts- und Finanzausschusses vorgelegten Änderungsantrag.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich spreche von den 4,5 Millionen €)

– Ich habe ihn selbst mit verfasst, deshalb werde ich das besser wissen als Britta Altenkamp. Der Punkt ist, meine ich, jetzt abgehandelt.

Ich spreche nun über die Kindertageseinrichtungen, weil es amüsant ist, wie sich die SPD zu diesem Punkt einlässt: Das erste Mal, als in Nordrhein-Westfalen über den beitragsfreien Kindergarten gesprochen worden war, war in einer Rede von Heinz Kühn anlässlich des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975. Es war in Aussicht gestellt worden, den beitragsfreien Kindergarten bis zum Jahr 1980 zu realisieren – übrigens mit einer Gruppengröße von 15 Kindern. Beides ist nicht erfolgt.

Jetzt, wo die SPD nach 31 Jahren Oppositionspartei ist, kommt sie mit dieser Idee auf das politische Parkett und versucht, neue Wohltaten zu verteilen,

(Beifall von FDP und CDU)

obwohl die Mittel des Landeshaushalts erschöpft ist. Damit dementieren Sie sich selbst; denn auch in der Vergangenheit haben Sie solche Forderungen als unseriös betrachtet.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Helmut Stahl [CDU]: Gut formuliert!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Kollegin Kraft, die dann bitte das auch in Form einer Frage macht.

Christian Lindner (FDP): Ich bringe noch einen Satz zu Ende, dann kann sie gerne ihre Frage stellen.

Als Freie Demokraten sind auch wir für den beitragsfreien Kindergarten. Wir halten es für wichtig, Kinder und Familien während der Gründungsphase zu entlasten. Wir wissen aber auch, dass die Länder das alleine nicht werden finanzieren können. Wie beim „Föderalen Konsolidierungsprogramm“ 1995, als der Bund sich bei der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz über eine Veränderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern beteiligt hat, bräuchten wir für den beitragsfreien Kindergarten auch einen gesamtstaatlichen Konsens, der den Bund, der viel mehr haushaltspolitische Flexibilität als die Länder besitzt, mit einschließt. Unter dieser Bedingung würden wir einen beitragsfreien Kindergarten begrüßen. Er wäre übrigens auch nur dann seriös zu finanzieren.

Jetzt hat die Abgeordnete Kraft die Gelegenheit, zu fragen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bevor ich der Kollegin Kraft das Wort erteile, habe ich direkt noch eine Zwischenfrage der Kollegin Löhrmann.

Christian Lindner (FDP): Die nehme ich dazu.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Jetzt hat aber zunächst die Kollegin Kraft das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Lindner, zum einen haben wir in unseren Haushaltsansätzen gezeigt, dass man das seriös gegenfinanzieren kann – das nur vorweg.

(Helmut Stahl [CDU]: Um Himmels willen!)

Zum anderen möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie aus unseren Veröffentlichungen und auch aus den Presseäußerungen realisiert haben, dass es anders als Heinz Kühn uns um eine andere Zielsetzung dabei geht. Das meinte auch die Kollegin Altenkamp mit dem Wort „dazulernen“. Wir nehmen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Kenntnis, die uns sagen, man muss mit der Bildung früher anfangen. Uns geht es nicht um das Beitragsfreistellen des Beitrages wegen, sondern es geht darum, den Bildungsauftrag zu stärken. Dafür müssen alle Kinder da sein. Damit alle Kinder da sind, muss ich es verpflichtend machen. Wenn ich das will, dann muss ich deshalb das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestalten. Das ist eine völlig andere Intention als die damalige von Heinz Kühn.

Christian Lindner (FDP): Darauf möchte ich doch direkt antworten, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das ist ja auch eine großzügige Fragestellung.

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Kraft, ich habe eben schon gesagt: In diesem Bereich – in anderen sicherlich nicht – gehören Sie nicht zu den Fachpolitikerinnen. Genau das, was Sie unterstellt haben, haben nämlich Heinz Kühn und die damalige sozialliberale Koalition nicht tun wollen. Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 hatte ausdrücklich einen früheren Beginn von Bildung zum Ziel. Es gab sogar einen Modellversuch „Vorklasse“, bei dem das letzte Kindergartenjahr in ein Jahr, das zur Schule hinführen sollte, umgewandelt worden ist. Genau das, was Sie hier einfordert, aber Heinz Kühn abgesprochen haben, war also das Ziel 1975. Sie haben sich kein bisschen weiterentwickelt. Das ist damals auch schon

so gesehen worden. Sie haben es aber in 30 Jahren Regierungshandeln nicht umgesetzt.

(Beifall von FDP und CDU)

Auch wenn Sie fortwährend versuchen, Ihre Haushaltsanträge als seriös darzustellen, wird Ihnen das nicht gelingen. Sie können doch nicht allen Ernstes Steuermehreinnahmen, die das Land noch nicht in der Kasse hat, schon ausgeben. Das ist doch die Politik, die Sie in den letzten Jahren gemacht haben, mit der Folge, dass es immer Nachtragshaushalte und immer mehr Schulden gegeben hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir wollen jetzt eine ehrliche Bilanz vorlegen, eine ehrliche Buchhaltung führen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall von FDP und CDU)

Im Übrigen sagen Sie ja, wenn diese Steuermehreinnahmen kämen, wollten auch Sie 200 Millionen € für die Reduzierung der Neuverschuldung einsetzen. Das sagen wir auch. Kommen mehr Steuereinnahmen, als wir heute seriöserweise annehmen können, dann werden wir diese zur Reduzierung der Neuverschuldung verwenden. Aber das, was Sie machen, ist unseriös. Die Menschen im Land wissen das auch.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Präsidentin, jetzt hätte Frau Löhrmann die Gelegenheit, im Rahmen der „Fragestunde“ zu sprechen.

(Heiterkeit von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Kollege Lindner. – Sie haben gerade eingeräumt, dass Sie jetzt nicht für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr sind, weil Sie das in einen größeren Kontext gestellt haben.

Mich interessiert, ob Sie bereit sind, dem Hohen Hause zu erklären, warum Sie seinerzeit diesen Antrag in Ihrer Oppositionsrolle ohne diese Konditionierung gestellt haben, und ob Sie bereit wären einzuräumen, dass Sie sich da wohl überhoben haben, weil Sie das jetzt nicht in Regierungspolitik umsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Christian Lindner (FDP): Nein, auch das ist nicht ganz richtig, liebe Frau Löhrmann. Weil ich zufäl-

lig der Autor dieses Antrags war, kann ich Sie auf unseren Antrag zur Föderalismusreform, den wir hier im Landtag im Jahr 2001 beraten haben, verweisen. Daraus geht ganz klar der Bezug auf das „Föderale Konsolidierungsprogramm“ 1995 hervor. Deshalb haben wir seinerzeit schon ein konsistentes Konzept vertreten. Das ist ja alles in Drucksachen belegt. Das ist das Schöne bei dieser Dokumentation. Man kann die Beratungen auch mit zeitlichem Abstand noch einmal nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt sehr lange befragt worden. Deshalb bitte ich die Präsidentin darum, noch einen Gedanken vortragen zu dürfen. – Ich sehe, dass ich doch noch Redezeit habe. Dann kann ich Ihnen sogar noch zwei Gedanken bieten.

Zum Thema Kindertageseinrichtungen/Elternbeitragsausgleich: Man muss sich dazu einmal vor Augen führen, über was wir da reden und welche Politik Sie zu den Elternbeiträgen verfolgt haben. Seit 1993 sind die Elternbeiträge kein bisschen angepasst worden. Im gleichen Zeitraum sind die nominalen Tarifeinkommen um 20 % gestiegen. Das führt dazu, dass auch die Bezieher mittlerer Einkommen nach und nach in die höchste Beitragseingruppierung hoch gerückt sind.

Auf der anderen Seite haben wir die Situation, dass die Kostenindizes ebenfalls um 20 % gestiegen sind. Die Elternbeiträge sind aber seit 1993 kein bisschen angepasst worden. Das hat dazu geführt, dass eine Elternbeitragsquote von 19 % in Nordrhein-Westfalen systematisch nicht erreicht worden ist, weil Sie über 13 Jahre versäumt haben, dieses Thema anzufassen. Das haben Sie uns hinterlassen. Wir müssen jetzt mit schmerzvollen Operationen dieses fahrlässige Versäumnis korrigieren. Wir stellen uns aber der Verantwortung, weil es notwendig ist.

(Beifall von der FDP)

Weil Sie die Elternbeiträge nicht angepasst haben, haben Sie sehenden Auges soziale Schieflagen in Kauf genommen. Ich habe das einmal anlässlich einer anderen „Fragestunde“ schon einmal ausgeführt. Wir haben die Situation, dass selbst die Kinder von Einkommensmillionären, wenn Geschwisterkinder gleichzeitig den Kindergarten besuchen, beitragsfrei mit im Kindergarten gefördert werden. Wir halten es aber für zumutbar, dass Spitzenverdiener, die zwei Kinder gleichzeitig im Kindergarten haben, auch zwei Beiträge entrichten.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn das nicht Ihre Auffassung von sozialer Gerechtigkeit und vom Prinzip des Beitrags zum Sozialsystem nach Leistungsfähigkeit ist, dann sollten Sie sich fragen, ob Sie tatsächlich für diejenigen Politik machen, für die Sie es für sich in Anspruch nehmen.

Ich will noch eine letzte abschließende Anmerkung zu diesem Einzelplan machen. Ich lese ja gerne in Protokollen usw. nach; das haben Sie sicher gemerkt. Ich will Bezug nehmen auf den Kollegen Flessenkemper. Er hat bei der Beratung des damaligen Haushalts des Vorgängerministeriums des MGFFI gesagt, dass der Konsolidierungsbeitrag dieses Ministeriums geringer sei als der im Gesamthaushalt. Er hat daraus gefolgert, dass es eine Prioritätensetzung bedeute, wenn man weniger in einem Ministerium spare, als es generell notwendig und vereinbart sei. So kann man das auch für diesen Etat von Herrn Laschet beschreiben. Ein zehnprozentiger Konsolidierungsbeitrag ist deutlich geringer als das, was wir im gesamten Landeshaushalt kürzen müssen, damit wir wieder seriös wirtschaften können. Im Übrigen ist es weniger, als die Grünen mit ihrem radikalen Umsteuern gefordert haben, was sie uns in der „Welt am Sonntag“ haben wissen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn Sie anderes behaupten – in der Wahrnehmung von Gesamtverantwortung, in der Zusammenschau von Schule und Jugendhilfe ist dieser Landeshaushalt ein klares Bekenntnis der Koalition zu den Bildungschancen der jungen Generation. Das und nichts anderes haben wir im Landtagswahlkampf versprochen. Dieses Versprechen halten wir mit diesem ersten Etat der neuen Koalition ein. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Regierungsentwurf ist wie in allen Ressorts auch im Einzelplan 15 ein Sanierungshaushalt. Aber die Schwerpunkte, die diese Landesregierung für Kinder und Jugendliche setzt, sind in diesem Haushalt zu spüren.

Entscheidend ist, dass die Neuverschuldung für künftige Generationen nicht weiter in einer Weise

hoch getrieben wird, wie das in den letzten Jahren geschehen ist.

Lassen Sie es mich unter dem Gedanken des Generationsministeriums so formulieren: Wir denken heute schon in diesem neuen Ministerium darüber nach, wie sich eigentlich Jugendliche in 20 Jahren fühlen werden, wenn unsere Generation dann über 60 Jahre alt ist und wir eine große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen werden, weil die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre – 1964 war der geburtenstärkste Jahrgang – in Rente gehen. Wir werden dann alles dominieren, weil wir so viele sind. Politik schaut bekanntlich immer nach Wählerstimmen, also danach, wo die Potenziale sind, die bestimmen. Diese Gruppe ist dann wahrscheinlich auch noch kaufkräftig, gesund und fit, vielleicht mehr als heute; denn auch das ändert sich ja von Jahr zu Jahr.

In einer solchen Zeit lässt man denen, die dann die Jungen und die zur Minderheit geworden sind, eine Schuldenlast zurück, die größer ist als heute. Ich wäre auch gerne in den 70er-Jahren Minister gewesen, vielleicht unter Heinz Kühn, der ja jetzt bei diesem Antrag der neue Vordenker der Sozialdemokratie ist. Damals gab es noch Geld und konnte man viele neue Dinge beginnen. Wir haben heute dagegen kaum Spielräume, um politisch, wenn man es seriös machen will, etwas gestalten zu können.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wenn man in einer solchen Situation die Neuverschuldung weiter dramatisch hochtreiben würde, dann könnten die Menschen in 20 Jahren, Frau Kraft, nichts mehr entscheiden. Deshalb muss jeder Etat seinen Beitrag leisten. Und das haben wir – nicht mit dem Rasenmäher, sondern mit Schwerpunktsetzungen – auch in diesem Ressort getan.

Frau Asch hat vorhin gesagt, ihr werde speiübel – sie hat ja immer eine sehr anschauliche Ausdrucksweise,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie doch auch!)

um zu beschreiben, was sie meint, wenn sie von Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik spricht – und ausgeführt: Wir Grünen haben das immer formuliert. – Das ist wohl wahr. Formuliert haben Sie vieles, aber auch nur das. Sie waren allerdings auch in den vergangenen zehn Jahren in der Regierung und haben mit diese Schulden gemacht. Auch wenn Sie jetzt in der Opposition plötzlich Konzepte machen, wie man verantwortlich Finanzpolitik gestalten kann, und zu der Erkenntnis kommen, dass Sie zu viele Schulden gemacht haben, können Sie sich nicht davon freisprechen,

dass Sie keine nachhaltige Politik für die nächste Generation in den letzten zehn Jahren in diesem Hause gemacht haben.

(Beifall von der CDU)

Das habe ich auch bei Ihren Zwischenrufen – das habe ich schon bei der ersten Lesung gemerkt und Ihnen auch gesagt – festgestellt: Es geht nicht beides. Sie können nicht einerseits sagen: „Wir legen überall drauf“, und andererseits, wenn ich das Wort „Verschuldung“ in den Mund nehme, rufen: Sie erhöhen dauernd die Verschuldung! – Was wollen Sie? Wollen Sie die Verschuldung erhöhen oder

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

einen Konsolidierungsbeitrag leisten?

(Zuruf von der SPD: Schwerpunkte!)

– Schwerpunkte setzen, gut. Aber „Schwerpunkte setzen“ heißt bei Ihnen: Man fordert für zig Millionen neue Dinge und hat keine seriöse Finanzierung.

Sie haben gesagt: Die Leute im Land erkennen an, dass Sie eine seriöse Finanzierung haben. – Ich weiß nicht, ob Sie am 25. April die „TAZ“ gelesen haben. Es lohnt, täglich die „TAZ“ zu lesen. Die hat eine kleine Abrechnung mit Finanzminister Linssen gemacht, der nicht ganz so gut dabei weg kam.

Aber dann sagt die „TAZ“ wörtlich in ihrem Kommentar:

„Fast genauso traurig ist es aber, wie einfach es sich die größte Oppositionspartei macht und wie einfach sie es dem politischen Gegner macht: Das Gegenkonzept der SPD beinhaltet echte Sparvorschläge in Höhe von gerade einmal 35 Millionen €, dafür aber mit unsicheren Mehreinnahmen von 350 Millionen €. Das ist erschreckend ideenlos, und das sorgt dafür, dass der Sanierer Linssen im Vergleich sogar noch eine ganz gute Figur macht.“

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist die „TAZ“, die nicht im Verdacht steht, ein CDU-Organ zu sein. Die vergibt Tag für Tag den „Laumann der Woche“ und ähnliche Dinge. Aber dass Ihre Politik unseriös ist, hat selbst die „TAZ“ erkannt. Insofern stehen Sie mit Ihren Gegenvorschlägen, die Sie heute dem Landtag präsentieren, völlig alleine.

(Zurufe von der SPD)

Eine kinder- und familienfreundliche Politik muss also auch eine verantwortliche Finanzpolitik für

künftige Generationen sein. Wenn wir über Kürzungen im Einzelplan 15 sprechen – ich habe Ihnen eben in der Debatte vorgerechnet, dass wir für Kinder und Jugendliche, indem wir im Bereich Schule mehr investieren, mehr machen –, dann gehört dazu, Frau Asch, dass man sich irgendwann einmal auf eine Zahl verständigt. Über Wochen hat Frau Asch uns glauben machen wollen, es würde um 220 Millionen € gekürzt. Das hat sie an alle Kommunen und in jeden Kreisverband schicken lassen, damit man vor Ort mit der Zahl 220 Millionen € arbeitet. Heute hat Frau Asch mal eben die Zahl um 70 Millionen €, was vielleicht nach ihrem finanzpolitischen Gespür nicht viel ist, reduziert. Sie hat gesagt, wir kürzten um 150 Millionen €.

In Wirklichkeit – das weiß Frau Asch, weil das im Ausschuss schon oft erörtert wurde – geht es um 104 Millionen € weniger im Jahre 2006 im Vergleich zu 2005. Sie haben eben das Wort Bugwelle genannt. Eine Bugwelle ist eigentlich nichts Schönes, sondern etwas, was an der Grenze der Legalität in der Haushaltsordnung ist. Das waren Bugwellen, die alte Landesregierungen gemacht haben, die die Summe Jahr für Jahr in das nächste Jahr haben schwappen lassen, um sie dann abzuarbeiten. Diese sogenannte Bugwelle haben wir im zweiten Nachtragshaushalt 2005 mit 55 Millionen € abgearbeitet. Das waren Bugwellen der Vorjahre.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister!

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Eine Sekunde bitte, ich muss zunächst diese Zahl erklären.

Dadurch ist natürlich der Ansatz 2005 allein um diese Bugwelle in Höhe von 55 Millionen € höher, als er normalerweise gewesen wäre. Insofern errechnen sich daraus 104 Millionen € weniger im Jahre 2006, was, wenn Sie es von der Substanz her sehen – Sie wissen das –, eine unwesentliche Verschlechterung im Vergleich zur Haushaltslage 2005 darstellt. Eigentlich müssten Sie die Bugwelle bei Kürzungen abziehen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Im Bereich der Kindergärten wird im Jahre 2006 der gleiche Trägerkonsolidierungsbeitrag abverlangt, den Sie im Jahre 2004 und 2005 abverlangt haben, nämlich in Höhe von 72 Millionen €. Das ist real keine Kürzung, sondern die Fortsetzung einer Konsolidierungsmaßnahme, die auch Sie schon in Ihrer Regierungszeit gemacht haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Asch?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Minister, wie beurteilen Sie die Tatsache, dass es eine Volksinitiative gibt, deren Unterschriften – 170.000 – gestern von der Präsidentin des Landtags entgegengenommen wurden? Diese Volksinitiative, die übrigens unter anderem von einer Vielzahl von in der Kinder- und Jugendpolitik und in anderen sozialen Bereichen tätigen Professionellen initiiert wurde, wendet sich gegen Kürzungen, die sich genau in der Höhe bewegen, die ich immer der Öffentlichkeit mitteile. Wie beurteilen Sie diese Tatsache der 170.000 Unterschriften?

(Zuruf von der SPD: 183.000!)

– Heute sind es sogar 183.000; jeden Tag werden es zum Glück mehr.

Was sagen Sie dazu? Sind das alles Leute, die spinnen, die keinen Bezug zur Realität haben, oder wie sehen Sie das?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich hatte gehofft, Frau Kollegin Asch, dass Sie die Zwischenfrage dazu genutzt hätten zu erklären, wieso Sie alle paar Wochen mit neuen Millionenzahlen um sich werfen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ich halte mich an die Regeln!)

Sie haben aber leider nicht die Chance ergriffen zu erläutern, wieso von Ihnen 220 Millionen, 150 Millionen, 104 Millionen und alle paar Wochen in Dekadengrößenordnungen neue Kürzungen vorgeschlagen werden. Dass Sie jetzt 183.000 Unterschriften anführen, ist ein schwaches Argument für einen Abgeordneten, der hier im Parlament doch über Haushalt sprechen und die Zahlen, die er erklären will, hier erklären sollte.

Zu dem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben: Mich hat gewundert – Sie suchen sich aus meiner Sicht auch nicht die richtigen Themen aus, mit denen Sie eine Regierung attackieren können –, dass Sie über die Familienzentren hergezogen haben. Sie haben gesagt, immer wenn Sie irgendwo bei Veranstaltungen über Familienzentren und deren Konzept sprächen, brächen die Menschen in Hohngelächter aus.

(Andrea Asch [GRÜNE]: An einer bestimmten Stelle!)

– Aber vielleicht haben die auch gar nicht über die Familienzentren gelacht, sondern über Ihre Rede, Frau Asch. Vielleicht liegt das auch daran, wie Sie das vortragen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Dann hören Sie mir zu, Herr Minister!)

Die Wirkung ist doch eine völlig andere. Wir haben gehofft, dass sich 178 Jugendamtsbezirke um diese neue Idee der Familienzentren bewerben. Wir haben 1.000 Bewerbungen aus dem ganzen Land,

(Beifall von der CDU)

mit denen die Kindertagesstätten und die Familienberatungsstellen mit Antragsformularen abstimmen und sagen: Ja, ihr seid auf dem richtigen Weg. 1.000 von uns wollen mitmachen, die anderen werden im Jahre 2007 einsteigen. – Sie leben nicht in der Realität der Kindertagesstätten vor Ort, die diese Idee der neuen Landesregierung positiv aufnehmen, positiv begleiten und sich freuen, dass endlich über Bildung, Betreuung und Beratung nicht nur geredet, sondern gehandelt wird.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Dass gekürzt wird!)

Dann möchte ich gerne, weil das zwei Kolleginnen in unterschiedlicher Wertung gemacht haben, über das dritte Kindergartenjahr und über Heinz Kühn sprechen. Ich teile auch hier nicht die Wunschvorstellung des Kollegen Lindner, erst recht nicht die der SPD, die das alles auch noch umsonst machen will.

(Christian Lindner [FDP]: Was heißt jetzt: auch hier?)

– Sie haben gesagt: Es wäre schön, wenn es ginge. Die SPD hat gesagt: Es geht alles auf Pump. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen beiden. Sie haben vor allem gesagt: Es wäre gut, wenn es käme. Frau Kraft hat gesagt: Es wäre gut, wenn die Kinder alle schon in der Schule wären und damit ein Bildungsauftrag verbunden wäre.

Liebe Frau Kraft, die Realität in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen ist, dass 99 % aller Kinder im letzten Kindergartenjahr in den Kindergarten gehen. Warum wollen Sie dann das Geld, das Eltern dort noch als Beitrag leisten – das wäre meine Priorität, Herr Lindner –, nicht für die Betreuung der unter Dreijährigen einsetzen? Die

absolute Priorität ist nicht die neue Beitragsfreiheit;

(Beifall von der CDU)

das ist der falsche Schwerpunkt. Wenn wir bei 70 % lägen, Frau Kraft, würde ich sagen: Ja, das müssen wir machen. Wir müssen mehr Kinder in die Kindertagesstätte bringen, um frühkindliche Bildung durchzusetzen. Aber wenn 99 % dahin gehen, wenn die Elternbeiträge durch die Beschlüsse der großen Koalition jetzt auch noch steuerlich abzugsfähig sind, dann lassen wir doch die Eltern diese Beiträge erbringen und das Geld, das wir an Ressourcen haben, für die Betreuung der unter Dreijährigen einsetzen. Das ist unser Schwerpunkt. Wir haben bereits 16.500 neue U3-Plätze durch Mehrausgaben seit der Regierungsübernahme ermöglichen können. Das ist eine andere Schwerpunktsetzung als die, die Sie mit Beitragsfreiheit vornehmen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, Sie haben die verabredete Redezeit bereits um 80 Sekunden überschritten.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja, und jetzt?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich habe noch zwei Zwischenfragen. Ich frage, ob Sie noch weiter ausführen wollen, ...

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich kann die Zeit nicht zurückgeben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: ... dann würde sich die Redezeit für die Fraktionen verlängern. Ansonsten die Frage, ob Sie noch die Zwischenfragen der Kolleginnen Kraft und Löhrmann zulassen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ist es wirklich notwendig, dass Sie weiter sprechen? – Heiterkeit von den GRÜNEN)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Löhrmann, bitte.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben gerade Ihre interessante Beziehung zu dem Kollegen Lindner angesprochen. Er hat Ihnen im Zusammenhang mit der Beratung vorgeworfen, Sie hätten nicht so genau aufgepasst und

deswegen wäre dort so viel Nachbesserungsbedarf. Aus unserer Zeit weiß ich, dass unsere Minister auch ein bisschen auf die anderen Ressorts achten mussten. Mich interessiert, ob die Kollegen Pinkwart und Wolf in den Kabinettsberatungen zu diesem Punkt Fragen gestellt und diesem Einzelplan und dem Gesamthaushalt überhaupt zugestimmt haben. Das würden ich und, wie ich glaube, auch das Hohe Haus und die Öffentlichkeit gerne wissen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich erkenne jetzt nicht den Zusammenhang zu meiner Rede. Ich habe verstanden, was Sie fragen wollten und gerne als Antwort hätten,

(Heiterkeit von der CDU)

muss Ihnen aber dennoch sagen, dass ich mich mit dem Kollegen Lindner persönlich sehr gut verstehe. Ich halte ihn in dem Bereich für einen der fachkundigsten Kollegen im ganzen Haus. Wir tauschen uns sehr oft aus. Dass man vor schwierigen Haushaltsberatungen in Koalitionen auch mal ein bisschen rangelt, gehört dazu. Gegen das, was Rot-Grün hier zehn Jahre lang an Konflikten vorgeführt hat, ist es geradezu eine Liebesbeziehung, die ich zu Herrn Lindner habe.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, ich habe noch eine weitere Zwischenfrage der Kollegin Kraft. Ich interpretiere das etwas großzügig an dieser Stelle, obwohl die Redezeit überschritten ist, in der Erwartung, dass die Fraktionen sich nicht noch einmal zu Wort melden. – Das Wort hat die Kollegin Kraft zu einer Zwischenfrage.

Hannelore Kraft (SPD): Wir sind ja hier in einem zentralen Einzelplan; insofern danke ich für die Großzügigkeit.

Herr Minister, mir ist sehr wohl bekannt, dass knapp über 98 % der Kinder Kindertageseinrichtungen besuchen. Aber ist Ihnen bekannt, dass ich, wenn ich einen Bildungsauftrag ernst nehme und in der Grundschule darauf aufbauen will, das nur machen kann, wenn alle Kinder eines Jahrgangs in einer Einrichtung sind?

Ist Ihnen als Integrationsminister darüber hinaus bekannt, dass es heute einen interessanten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ gibt, der darauf Bezug nimmt, auch das Problem der Integration

dadurch zu lösen, dass genau an dieser Stelle Geld in die Hand genommen wird?

Das sind die Themen, die Sie als Integrationsminister dankenswerterweise – das sage ich ausdrücklich – positiv voranbringen wollen. Dann müssen Sie doch mit uns ein Interesse am gebührenfreien letzten Kindergartenjahr haben, um es verpflichtend machen und auf diesem Bildungsauftrag aufbauen zu können.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich verstehe das Anliegen, und man muss wohl mittelfristig über so etwas nachdenken. Nur: Ist in einem Haushaltsverfahren die Kritik „1975 schon gesagt und ewig nichts gemacht“ berechtigt?

Aber selbst wenn ich jetzt das Geld hätte, würde ich den Schwerpunkt bei der Betreuung der unter Dreijährigen setzen. Die Idee, dass wir es verbindlicher regeln müssen, ist richtig. Ich glaube, wir erreichen auch durch die nun im Schulgesetz verankerte vorgezogene Sprachförderung, also Sprachtests, eine höhere Verbindlichkeit. Viele Zuwandererfamilien werden im ersten und zweiten Kindergartenjahr eher bleiben als heute, wenn sie ihr Kind mit vier Jahren zum Sprachtest bringen. Denn sie werden an die Einrichtung herangeführt und erkennen, dass es ihrem Kind nutzt.

Wir müssen das beobachten und abwarten. Ich verstehe das Anliegen und wollte nur deutlich machen, dass meine Priorität wäre: Wenn ich das Geld hätte – ich habe es aber nicht –, würde ich es eher für unter Dreijährige einsetzen statt für Kindergartenfreiheit. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Wie gesagt, die Redezeit wurde von Ihnen um 80 Sekunden überschritten. Ich gebe Kollegin Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Gelegenheit, die Redezeit auch auszuschöpfen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz, wie versprochen.

Erste Anmerkung: Herr Laschet, ich wollte nichts über Ihre Liebesbeziehung zu Herrn Lindner wissen. Ich wollte von Ihnen wissen, Herr Laschet, ob die Herren Pinkwart und Wolf im Kabinett diesem Haushaltsentwurf, den die FDP so kritisiert hat, mit den Fehlern zugestimmt haben. Das wollte ich von Herrn Laschet wissen.

(Minister Armin Laschet: Das wissen Sie doch!)

Zweite Anmerkung: Herr Lindner hat eben eine interessante Feststellung getroffen. Er hat gesagt, dass es mit Blick auf Kinder- und Jugendpolitik eine Verschiebung zugunsten des Schulbereichs gegeben hat. Das heißt, dass sich diese Koalition von dem Grundsatz „Bildung beginnt im Kindergarten, Bildung von Anfang an“ verabschiedet hat. Das wollte ich gerne feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Wollen noch andere Fraktionen sprechen? – Für die FDP-Fraktion hat Kollege Lindner noch eine Minute.

Christian Lindner (FDP): Vorsichtshalber sage ich: Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Liebe Frau Löhrmann, Sie haben mich eben missverstanden. Ich habe über den Kinder- und Jugendförderplan gesprochen. Er wendet sich ausweislich des Gesetzes an die 6- bis 21-Jährigen und betrifft keine vorschulischen Bildungsmaßnahmen. Mit dem Prozess Familienzentren, mit der Novelle des Kindergartengesetzes, die in diesem Jahr zur Beratung ansteht, haben wir das Ziel, den Bildungsauftrag vor der Schule noch stärker zu profilieren, um laut Koalitionsvertrag die Förder- und Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen bis 2010 zu verbessern.

Es gibt also ein klares Bekenntnis dieser Koalition dazu, Bildung von Anfang an, aber auch als Einheit von Schule und Jugendhilfe zu denken. Deshalb ist es falsch, wie Sie das tun, die Zahlen nur in den einzelnen Etats zu betrachten. Sie müssen den Gesamtansatz dieser Koalition würdigen. Der Gesamtansatz kommt Kindern und Jugendlichen zugute.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zum ersten Teilbereich des Einzelplans 15 nicht vor.

Wir kommen zum zweiten **Teilbereich: „Frauen“**.

Ich eröffne die Beratung und darf für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Kieninger das Wort geben.

Gerda Kieninger (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten war Nordrhein-Westfalen die Loko-

motive in der Frauenpolitik, beispielhaft für die gesamte Republik. In Zukunft eiern wir im letzten Wagen und bilden frauenpolitisch das Schlusslicht. Die Netzwerke, die über Jahre mühsam aufgebaut wurden, werden von der Landesregierung bewusst zerstört. Schon mit Ihrem ersten Haushaltsentwurf zerschlagen Sie die Infrastruktur für Frauen im Lande.

Bevor der Haushaltsentwurf überhaupt das Parlament erreichte, wurden Fakten geschaffen. Bereits am 31. Dezember 2005 wurde die Landesfachstelle gegen Gewalt an Frauen geschlossen und somit eine effektive und kostengünstige Vernetzung und Servicestelle zerstört. Das war kein Wasserkopf, Frau Westerhorstmann.

Nicht genug damit! Der Kahlschlag in der Frauenpolitik ging weiter. Selbst die auf einstimmigen Parlamentsbeschluss eingerichtete Koordinierungsstelle „Frau und Gesundheit“ wurde mit Datum 31. März 2006 geschlossen. Damit wurde der Parlamentsbeschluss missachtet und dem Haushaltsgesetzgeber nicht einmal die Chance der Beratung gegeben.

(Beifall von der SPD)

Auch diese Koordinierungsstelle war kein Wasserkopf, Frau Westerhorstmann.

30%ige Kürzungen bei den Frauenhäusern – das bedeutet, dass die wichtige vierte Stelle ganz gestrichen wird. Ich finde das Bemühen von Frau van Dinther – sie hat das im Ausschuss dargestellt –, mit dem Landrat zu reden, um zu erreichen, dass demnächst vielleicht Ein-Euro-Stellen im Frauenhaus möglich sind, etwas zynisch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn die Frauen, die jetzt entlassen worden sind, gehen ein Jahr zum Arbeitsamt, beziehen danach Arbeitslosengeld II und werden anschließend wohl wieder für einen Euro auf den Fachstellen in den Frauenhäusern eingesetzt. Wenn das Ihre Politik ist, halte ich das für merkwürdig.

Diese Überlegung zeigt aber auch, dass es Sie betrifft, betroffen macht und Sie diese vierte Stelle für wichtig halten. Sonst gäbe es diese Bemühungen nicht.

Rund um die Uhr an Sonn- und Feiertagen ist also so nicht mehr zu leisten. Frauen, denen Gewalt angetan wurde, müssen zusehen, wo sie bleiben. Sie können mit ihren Kindern auf der Parkbank übernachten, bis am nächsten Morgen die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses wieder erreichbar sind.

(Maria Westerhorstmann [CDU]: Quatsch!)

Nachsorgende Hilfe fällt ganz weg, Bettenabbau in den Frauenhäusern des Landes droht.

Für die Regionalstellen „Frau und Beruf“ läutet inzwischen die Totenglocke. Nicht genug mit über 30 % Kürzungen im Haushaltsentwurf – nein, die Koalitionsfraktionen rasieren den Rest auch noch weg, indem sie um weitere 1,26 Millionen € kürzen. Sicherlich war das auf Empfehlung von Frau Pieper-von Heiden, die ja undercover in den Regionalstellen ermittelt hat. Da hat der Schwanz wohl mit dem Hund gewedelt.

30 landesgeförderte Regionalstellen „Frau und Beruf“ müssen nach der Sommerpause die Türen schließen. Wer soll ihre Aufgabe erfüllen? Wer berät die Wiedereinsteigerinnen? Wer unterstützt und begleitet die Gründerinnen? Wer initiiert Netzwerke für Frauen, die Karriere machen wollen? Wer setzt sich dafür ein, dass Mädchen Berufswahl mit Zukunft wählen können? Wer holt EU-Gelder für Frauen in die Region? Wer vertritt konsequent in allen Gremien die Interessen der Frauen am Arbeitsmarkt?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Erst heute Morgen lag die Unterrichtung darüber in unseren Fächern, wie die Lissabon-Strategie im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt werden soll. Genau diese Aufgaben werden da beschrieben. Und hier wird ein funktionierendes Netzwerk an Regionalstellen „Frau und Beruf“ zerstört.

Herr Minister Laschet, Sie haben in der Ausschusssitzung im September letzten Jahres zugesichert, dass sich 2006 bei den Regionalstellen nichts verändert und keine schließen muss.

(Minister Armin Laschet: Das ist auch so!)

Nun werden es 30 Regionalstellen schon in 2006 sein.

(Minister Armin Laschet: Nein! Wer sagt denn das? Das ist Quatsch!)

Sie sind der Verlierer des ersten Haushaltes der gelb-schwarzen Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion hat Haushaltsanträge gestellt und Deckung vorgeschlagen. Die Regierungsfractionen haben sich eindeutig gegen die Frauen in diesem Lande ausgesprochen. So sieht nach einem knappen Jahr gelb-schwarze Frauenpolitik aus.

Die Formulierungen gestern bei den Demonstrationen waren deutlich: Frauen raus aus Rüttgers Club! Den Frauen im Lande wird es Angst und Bange. Was wird in den nächsten vier Jahren noch zerstört? Der Rolle des Frauenministers, mit der Sie so gern kokettieren, werden Sie, Herr Minister Laschet, nicht gerecht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Als nächste Rednerin Frau Kollegin Westerhorstmann für die Fraktion der CDU.

Maria Westerhorstmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Haushaltsentwurf des Einzelplans 15, Bereich Frauen, steht wie alle anderen Einzelpläne und Teilbereiche unter schwierigsten finanzpolitischen Zwängen.

Fakt ist: Das Land Nordrhein-Westfalen hat kaum noch finanzpolitische Handlungsspielräume. Die entsprechenden Zahlen sollten mittlerweile selbst Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, auch wenn Sie immer wieder die Augen davor verschließen, bekannt sein.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir stehen dazu!)

Verständlich. Die Bilanz Ihrer jahrelangen Politik auf Pump zulasten der folgenden Generationen ist ernüchternd und geradezu katastrophal

(Zurufe von Rüdiger Sagel [GRÜNE] und Hannelore Kraft [SPD])

und in den letzten Jahren stets mit ungedeckten Schecks finanziert gewesen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf des Einzelplans 15, Bereich Frauen, orientiert sich also an der finanzpolitischen Wirklichkeit unseres Landes.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen wird die Verschuldung höher!)

Ohne Zweifel sind die notwendigen Einsparungen schmerzlich, aber ich muss Ihnen auch sagen: Wir machen genau das, was wir im Landtagswahlprogramm 2005 angekündigt haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nee, das glauben Sie doch nicht!)

Wir betreiben Haushaltskonsolidierung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo denn?)

Wir wissen auch: Nur durch eine vernünftige Finanzpolitik bleiben wir handlungsfähig. Wir ma-

chen das, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, jahrelang angekündigt, aber nicht umgesetzt haben. Sie handeln stets nach dem Motto: Steht das Haus erst in Flammen, brauche ich die Feuerwehr auch nicht mehr zu rufen.

(Carina Gödecke [SPD]: Sagen Sie doch mal was zum Frauenbereich!)

Wir bringen den Haushalt also in Ordnung. Der Haushaltsentwurf 2006 ist hierfür ein wesentlicher Schritt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Denken Sie an das Thema Frauen!)

Einsparungen erfolgen also im Bereich Frauen genau wie in allen anderen Bereichen und insbesondere bei den Zuschüssen für Frauenhäuser und bei den Zuweisungen für die Regionalstellen „Frau und Beruf“. Konkret bedeutet das: Der Betrag, der bisher für die vierte Stelle in den Frauenhäusern gezahlt wurde, wird in Zukunft eingespart werden müssen. Das ist uns allen bekannt. Trotz dieser schwierigen haushaltspolitischen Lage wird aber kein Frauenhaus schließen müssen.

(Beifall von der CDU)

Dies ist uns als Koalition ein wichtiges Anliegen. Nordrhein-Westfalen verfügt damit, auch im bundespolitischen Vergleich, nach wie vor über ein sehr gut ausgebautes Netz an Beratungseinrichtungen,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Dank Rot-Grün!)

die weder in ihrem Bestand noch in ihrer Arbeit gefährdet sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat das denn gemacht?)

Von Gewalt bedrohte Frauen und Kinder werden in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin Hilfe und Unterstützung erhalten. Daran wird die Panikmache, die Sie hier verbreiten, auch nichts ändern.

Die Diskussion um die Einstellung der Förderung der vierten Personalstelle ist im Übrigen nicht neu. Sie wissen das natürlich auch ganz genau. Ich habe mich in die Thematik eingeleesen – Frau Kieninger, hören Sie gut zu! – und ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin, als Beispiel eine von vielen Anmerkungen der ehemaligen Staatssekretärin Prüfer-Storcks aus der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik vom 5. Dezember 2005 zitieren.

Sie erklärte damals, dass sie nicht davon ausgehe, dass die Kürzung der vierten Stelle bei den

Frauenhäusern dazu führe, dass Arbeit eingestellt oder wesentlich reduziert werden müsse. Die vierte Stelle werde ja schließlich erst seit 1995 gefördert.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Haben wir hier eine Märchenstunde, oder was?)

Die Arbeit der Frauenhäuser sei auch vorher mit drei Stellen sichergestellt gewesen. Sie gehe davon aus, dass dies auch in Zukunft der Fall sein werde.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

In der gleichen Sitzung äußerte sich die Staatssekretärin Prüfer-Storcks dahin gehend, dass sie davon überzeugt sei, dass auch nach der Kürzung der vierten Stelle noch genauso viele Frauen im Frauenhaus aufgenommen würden, wie es vorher der Fall gewesen sei. Die Anzahl der in den Frauenhäusern vorgehaltenen Betten müsste dadurch nicht verändert werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Westerhorstmann, gestatten Sie ein Zwischenfrage der Abgeordneten Kieninger?

Maria Westerhorstmann (CDU): Ich möchte die Frage gerne am Ende meiner Ausführungen zulassen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, dies sind Zitate aus den Haushaltsberatungen der Jahre 2004/2005, die ich Ihnen in Erinnerung bringen möchte. Das hören Sie nicht gerne. Ich bin mir dessen auch bewusst. Ich will es Ihnen trotzdem nicht ersparen.

Auch die Einsparungen im Bereich der Regionalstellen „Frau und Beruf“ sind nicht so überraschend, wie Sie behaupten. Niemand bezweifelt, dass die Regionalstellen gute Arbeit leisten. Fest steht aber auch: Nordrhein-Westfalen kann sich Doppelstrukturen in Zukunft nicht mehr leisten.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das sind keine Doppelstrukturen!)

Es wird daher vonseiten der Landesregierung an einer grundlegenden Umstrukturierung gearbeitet.

(Helga Gießelmann [SPD]: Aber vorher 57 % gekürzt!)

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel nennen, wie wir Frauenarbeit in Zukunft ganz anders vernetzen können. Ich nenne Ihnen das Beispiel Paderborn. Im Arbeitsamt steht an vorderster Stelle eine Frau, bei der Wirtschaftsförderung der Stadt Paderborn steht an vorderster Stelle eine Frau, im

Kreis bei der Wirtschaftsförderung steht an vorderster Stelle eine Frau, und wir haben sie auch bei der Regionalstelle „Frau und Beruf“. Infolgedessen haben wir Frauen gute Möglichkeiten, uns da einzubringen.

(Helga Gießelmann [SPD]: Sie sind verantwortlich für das ganze Land, nicht nur für Paderborn!)

Ich sehe auch die Lissabon-Strategie nicht gefährdet. Wir sollten das umsetzen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Westerhorstmann!

Maria Westerhorstmann (CDU): Ziel ist es, dass die nach der Umstrukturierung verbleibenden Regionalstellen ihren Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung nach der Familienphase legen. Mir ist schon wichtig, dass wir nicht nur beklagen, dass die Menschen weniger Kinder bekommen, sondern dass die Frauen dann auch die Möglichkeit haben, Familie und Berufstätigkeit zu vereinbaren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall von der SPD)

Maria Westerhorstmann (CDU): Die zusätzlichen Einsparungen bei den Regionalstellen werden durch die Mittel des Europäischen Sozialfonds aufgefangen, sodass die Regionalstellen auch in Zukunft gute Arbeit leisten können. Eine Gesamtschau des Ganzen tut daher Not. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Westerhorstmann. Sie haben Ihre Redezeit zwar weit überschritten, aber wenn Sie noch auf die Frage antworten möchten, können wir das wie gerade in dem anderen Teilbereich großzügig handhaben. – Wenn Sie es wünschen, gebe ich der Kollegin Kieninger die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage.

Gerda Kieninger (SPD): Frau Westerhorstmann, Sie sagten gerade, Sie hätten sich in Protokolle eingeleesen und dass der Vorschlag, die vierte Stelle im Frauenhaus zu streichen, bereits von der Vorgängerregierung stamme.

Sie haben sicherlich die Protokolle auch weiter und zu Ende gelesen und dabei festgestellt, dass wir als Parlament, als Abgeordnete, unsere Verantwortung wahrgenommen haben und diese Stelle letztendlich wieder in den Haushalt eingesetzt haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Frage ist die: Tun Sie das als Abgeordnete und als Parlament auch?

Maria Westerhorstmann (CDU): Ich behaupte einmal: Aufgrund der finanzpolitischen Vorgaben hätten Sie das zu dem Zeitpunkt auch nicht machen dürfen.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Westerhorstmann. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Barbara Steffens [Grüne] trägt ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Frauenhäuser – mehr als ein Dach überm Kopf“.)

– Ich darf Sie bitten, in Zukunft von solchen demonstrativen Bekundungen auf T-Shirt und Kleidung abzusehen. Sie haben aber das Wort, Frau Kollegin Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Wenn Ihnen das lieber ist, kann ich das T-Shirt auch gerne ausziehen. Ich denke, dass man hier klar und deutlich bekunden sollte, wie man zur Frauenpolitik steht. Ich glaube nicht, dass Sie möchten, dass ich hier ohne T-Shirt stehe, auch wenn das vielleicht die Art der Frauenpolitik einiger der Herren der CDU-Fraktion ist.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte zu dem ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, bitte.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Ja, die haben geklatscht, als ich gesagt habe, ich könnte das auch ausziehen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, ich möchte Sie ausdrücklich bitten, das T-Shirt nicht ausziehen, aber ich biete Ihnen gerne eine Jacke an, wenn Sie sich verhüllen möchten.

(Beifall von der CDU)

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Ich brauche mich nicht zu verhüllen. Ich dachte gerade, dass das Verhüllen mit Ihrer Kopftuchdebatte eine andere Dimension hätte und dass das Verschleiern im Parlament nicht angesagt ist.

(Beifall von der SPD)

Von daher: Dürfte ich jetzt vielleicht zu meiner Rede kommen? – Wir reden hier und heute über den Bereich des Frauenministeriums. Wenn ich den Titel „Ministerium für Frauen“ sehe, dann glaube ich, man sollte den Titel nach den Haushaltsberatungen umändern in „Ministerium zur Abwicklung von Frauenpolitik“, denn das, was Sie hier anfangen, ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Frauenpolitik.

Gerade die Änderungen, die vonseiten der Regierungsfractionen vorgenommen werden – noch einmal minus 1,26 Millionen € zulasten der Regionalstellen zugunsten anderer Fachbereiche –, zeigen klar und deutlich, dass für Sie Frauenpolitik nichts anderes ist als ein Sparbuch, als ein Konto, um Defizite auszugleichen. Wir können auf die Regionalstellen gleich noch einmal im Detail eingehen.

Wenn man sich den Landeshaushalt insgesamt anguckt, wird ersichtlich: Frauenhaushalt ist eigentlich ein Haushalt, der dazu da ist, um Nachteile auszugleichen, Nachteile, die real in der Gesellschaft vorhanden sind. Von diesem Nachteilsausgleich Geld wegzunehmen, heißt, dass Sie die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft akzeptieren.

Wenn Sie verkünden, Sie wollten sich als Regierung für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen einsetzen, dann ist das purer Hohn. Sie haben Ihr Versprechen eindeutig gebrochen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und zwar haben Sie es zulasten der Frauen mit Gewalterfahrung gebrochen.

Ich finde es zynisch, zu sagen: Wenn wir die vierte Stelle streichen, dann passiert nichts. – Die Frauenhäuser sind ausgelastet. Wenn die vierte Stelle, die von Frauen, die real arbeiten, ausgefüllt wird, nicht mehr da ist, dann hat das Konsequenzen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dann werden traumatisierte Kinder mit Gewalterfahrung nicht mehr beraten. Dann werden Frauen nicht mehr aufgenommen werden können. Und diese Frauen haben Gewalterfahrung. Ich finde es zynisch, so zu argumentieren, wie Sie das tun. Da

sollte man sich fragen, ob das noch Frauenpolitik ist, was Sie hier vertreten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein-Euro-Jobber perspektivisch in die Frauenhäuser schicken zu wollen, zu Leuten, die Gewalterfahrung haben, die traumatisiert sind, das finde ich unsäglich. Ich glaube nicht, dass Sie das wirklich ernst meinen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, Kinderpolitik sei so wichtig, Sie wollten in Kinder investieren, dann frage ich: Was ist mit den Kindern, die vor den Türen der Frauenhäuser stehen? Sind die Ihnen egal, oder sind das keine Kinder, die zählen? Meiner Meinung nach sparen Sie hier an der falschen Stelle. Sparen Sie lieber irgendwo beim Flughafenausbau! Packen Sie es besser in diesen Bereich!

Ihre Prioritätensetzung heißt: „Reiterstaffel statt Frauenhäuser“. Das sind Ihre politischen Zielsetzungen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Steffens, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kemper?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Aber natürlich.

Heinrich Kemper (CDU): Sehr geehrte Frau Steffens, ich wundere mich, dass Sie Ihren rhetorischen Fähigkeiten so wenig trauen, dass Sie zusätzlich auf optische Reize setzen müssen.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Wer hat, der hat!)

Zweitens. Was mich nachdenklich stimmt, ist ...

(Zuruf von der SPD: Frage!)

Ich möchte an Sie die Frage stellen, ob Sie anderen Kollegen auch gestatten würden, in Zukunft auch mit ähnlichen Aufschriften erscheinen zu dürfen?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege, ich weiß nicht, was an dieser Aufschrift problematisch ist. Vorne auf meinem T-Shirt steht: Frauenhaus. Bei vielen von Ihnen stehen wahrscheinlich irgendwelche Firmenlogos auf den Kleidern, bei den Herren kleine Logos auf ihren Hemden.

Hinten steht auf dem T-Shirt: Mehr als ein Dach über dem Kopf. – Da steht nicht drauf: Wählt die CDU ab. Da steht nicht drauf: Macht den Sparhaushalt weg oder sonst etwas. – Da steht nur drauf, dass ein Frauenhaus mehr als ein Dach über dem Kopf ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, es kann kein Problem sein, so etwas in einem Land wie Nordrhein-Westfalen zu tragen, in dem Frauenhäuser eine Kultur haben und in der Bevölkerung fest verankert und ein wichtiger Bestandteil gegen die Gewalt von Männern sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Weiter zum Frauenhaushalt. Es gibt einen wesentlichen anderen Bereich, in dem gekürzt wird: bei den Regionalstellen. Herr Minister, Sie haben im Ausschuss klar gesagt: Wir wollen gucken, wo gute Regionalstellen sind. Wir wollen gucken, wo wir Synergieeffekte erzeugen können. Wir wollen einen Prozess im Laufe des Jahres haben.

Jetzt können Sie keinen Prozess mehr haben, denn wenn ich mir anschau, wie viel Restmittel noch zur Verfügung stehen, sind das – je nachdem, ob Sie bis Ende Juni oder bis Ende Mai finanzieren – Restmittel für 13 beziehungsweise 17 Regionalstellen. Das heißt: Man muss sie jetzt abwickeln, weil in den ersten fünf Monaten schon viele Mittel abgeflossen sind.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Man muss jetzt zügig abwickeln, Regionalstellen schließen – und das vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Diskussion darüber, wie wir angesichts der demographischen Entwicklung Mädchen fachlich so auf die Höhe bringen, dass der Fachkräftemangel in NRW keine Rolle spielt.

Von allen Regionalstellen, von den Argen und von den Schulen wissen wir: Die Einzigen, die Mädchenspezifische Beratung wirklich kompetent durchführen, sind die Regionalstellen. Ich finde es katastrophal, auch hier wieder in die falsche Richtung zu laufen und einfach die Augen vor der demographischen Entwicklung und vor dem Fachkräftemangel zu verschließen.

Ein letzter Punkt, den ich ebenso katastrophal finde: Sie kappen Strukturen von Koordinierung, die für Synergieeffekte und Effizienz sorgen, mit der Begründung: Wir wollen Doppelstrukturen abschaffen. Wir wollen den Wasserkopf abschaffen.

Ich frage Sie ernsthaft: Überlegen Sie einmal, ob der Wasserkopf bei dem bisschen, was bei Ihnen an Frauenpolitik übrig bleibt, nicht irgendwann nur in Ihrem Ministerium ist? Die CDU-Fraktion redet über Doppelstrukturen: Wenn Sie frauenpolitisch nichts anderes zu bieten haben, als die Regierung zu verteidigen, sind Sie vielleicht die frauenpolitische Doppelstruktur.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden von der FDP-Fraktion das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh ja!)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kieninger! Frau Steffens! In einem Punkt war Ihre Politik über Jahre und Jahrzehnte hinweg wahrhaft nachhaltig: in der Einschränkung des Gestaltungsspielraums für die nachfolgende Regierung von FDP und CDU, die uns in die Lage versetzt, politische Bekenntnisse zu treffen, für diesen Landeshaushalt eindeutige Prioritäten zu setzen und zu schauen, wo Konsolidierungsbeiträge generiert werden können.

(Zuruf von der SPD: Bei der Reiterstaffel!)

Im Bereich der Frauenpolitik haben wir nichts anderes gemacht als in den anderen Bereichen, die über die erste Priorität des Landeshaushaltes hinausgehen. Wir haben einen Konsolidierungsbeitrag von 20 % eingefordert, der sich auf andere Bereiche ebenso erstreckt; mit Ausnahme des Bereiches Bildung – Sie haben gestern gehört, wie viel wir da draufgesattelt haben – und des Bereiches Kinder, Jugend und Familie, in dem der Konsolidierungsbeitrag weniger – knapp die Hälfte – beträgt als in anderen Bereichen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rimmel?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich möchte fortführen. Außerdem habe ich mich einmal darauf festgelegt, dass Zwischenfragen bei mir an ungeraden Tagen auf Erfolg stoßen.

(Kopfschütteln von SPD und GRÜNEN – Unruhe)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay, wir haben einen geraden Tag.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Wir müssen nun endlich konsolidieren und auch in der Frauenpolitik den Rotstift ansetzen. Bei den Kürzungen, die vorgenommen worden sind, haben wir unser Augenmerk auf die Fragestellung gerichtet: Was hat sich bewährt? – Darf ich um etwas Ruhe bitten, wenn ich rede?

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Was hat sich bewährt? Was ist zwingend notwendig? Was muss dringend erhalten werden? Wir

sind dabei übereingekommen, wichtige Einrichtungen nicht in ihrer Substanz zu gefährden. Das trifft vor allem auf die Frauenhäuser zu. Sie wissen ganz genau, dass es die vierte Stelle über Jahre hinweg nicht gegeben hat, sondern sie erst vor einigen Jahren eingerichtet worden ist.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wir wollen die Frauenhäuser also im Ganzen erhalten. Aber wir müssen die Einsparung im Rahmen der Orientierungsmarke auch hier vornehmen. In anderen Bundesländern hat sich gezeigt, dass die Frauenhäuser auch unter anderen finanziellen Bedingungen bestehen bleiben und weiterhin hervorragende Arbeit leisten können. Das wird auch in Nordrhein-Westfalen so geschehen.

Gewalt gegen Frauen ist ein wichtiges Thema, vor dem wir natürlich nicht die Augen verschließen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Daher werden wir die Frauenberatungsstellen, die für die Intervention bei häuslicher Gewalt unverzichtbar sind, sowie die Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt nicht in ihrer Existenz gefährden. Nordrhein-Westfalen hat hier ein landesweit breit gefächertes Netz von Stellen, an die sich Frauen, die Gewalt erfahren haben, wenden können. Dieses Netz bleibt auch so bestehen.

Bei den Regionalstellen „Frau und Beruf“ müssen wir natürlich ebenso Reduzierungen vornehmen. Das ist auch keine Überraschung für Sie. Wir haben das über viele Monate hinweg so diskutiert. Diese Regionalstellen wurden eingerichtet, weil Arbeitsämter, Schulen, Kammern, Betriebe und andere öffentliche Einrichtungen seinerzeit den besonderen Gegebenheiten frauenspezifischer Politik in der Tat ein etwas zu geringes Augenmerk geschenkt hatten.

Aber hier fand und findet ein wirklich breites Umdenken statt. Wir können uns keine Doppelstrukturen leisten; Frau Steffens sagte: Das sind keine. In dem Punkt hat sie Recht: Es sind Mehrfachstrukturen, die wir in diesem Bereich haben – nicht nur Doppelstrukturen.

(Beifall von der FDP)

Die Landespolitik hat die Verpflichtung, sich auf Kernaufgaben zu beschränken und dies vernünftig durchzuführen. Wenn wir jedes Projekt und jede noch so gut umgesetzte Initiative mit Landesmitteln fördern würden, würde der Landeshaushalt gesprengt werden. Das ist nicht möglich. Das ist im Übrigen jedoch keine qualitative Bewertung solcher Initiativen.

Das ist einfach eine Orientierung an den Tatsachen, ein nachhaltiges Umgehen mit dem Landeshaushalt, wie es für die nachwachsenden Generationen verantwortlich ist.

Unumstritten ist natürlich, dass Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf eine professionelle Begleitung brauchen. Aber das gehört in der Tat primär zu den Aufgaben der Arbeitsagenturen, der Wirtschaftsverbände und der Kammern. Diese Aufgabe wird von diesen Einrichtungen auch wahrgenommen. Geht die Aufgabenbetreuung durch die Regionalstellen zurück, werden sie verstärkt diese Nische bedienen und diese Aufgaben verstärkt übernehmen. Das ist doch gar keine Frage.

Im Übrigen kommen die Einsparungen, die wir in diesem Bereich vorgenommen haben und die wir zusätzlich umsetzen werden, ausschließlich dem Bereich Kinder, Jugend und Familie zugute. Die Diskussion darüber liegt erst ein paar Minuten zurück. Wie lauteten Ihre Beiträge? – Sie haben unerlos mehr Mittel eingefordert. – Wir überführen die eingesparten Beiträge in den Haushalt für Kinder, Jugend und Familie.

Sie werden mir doch einräumen, dass Kinder hilfloser sind als Erwachsene und dass es noch wichtiger ist, an dieser Stelle Unterstützung zu leisten, statt noch bessere Bedingungen beispielsweise in den Frauenhäusern zu schaffen. Aber wir sorgen dafür, dass die Anzahl der Betten sowie die Grundberatung und Grundbetreuung erhalten bleiben.

Noch ein Wort zu der Koordinierungsstelle.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Sofort, Herr Präsident. Nur noch ein Wort zur Koordinierungsstelle Frauengesundheit: Auch dort wird wichtige und ganz hervorragende Arbeit geleistet. Es gibt überhaupt keinen Grund zu einer qualitativen Bewertung. Aber man darf die Augen auch nicht davor verschließen, dass die Erkenntnisse dieser Koordinierungsstelle in Wissenschaft, Medizin und Forschung längst eingeflossen sind.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun setzen wir die Debatte mit einem Beitrag des zuständigen Ministers Laschet fort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu zwei Schwerpunktthemen etwas sagen, aber nicht die gesamte Latte der frauenpolitischen Themen bearbeiten.

Eine Vorbemerkung ist wichtig: Frauenpolitische Erfolge kann man nicht nur daran messen, wie viel Geld im Haushalt dafür vorhanden ist und wie viele Mitarbeiter irgendwo tätig sind, sondern Frauenpolitik misst sich auch daran, welche Ergebnisse man erzielt hat.

Auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen eine niedrigere Frauenerwerbsquote als in Bayern haben – hierfür gibt es viele Gründe –, obwohl wir in den letzten Jahren viel Geld für Frauenpolitik und bestimmte Programme ausgegeben haben, wäre ich dennoch mit der Frauenpolitik zufrieden, wenn wir zwar weniger Geld, aber mehr Chancen für Frauen, im Beruf sowohl Karriere zu machen als auch in den Beruf einzusteigen, hätten.

Insofern sollten wir uns an Ergebnissen und Inhalten, aber nicht so sehr an strukturellen Fragen orientieren.

Ich möchte zur Partizipation von Frauen in Beruf und Gesellschaft sowie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen Stellung nehmen.

Das Streichen der vierten Stelle in den Frauenhäusern ist sicherlich ein schmerzhafter Vorgang, den man nicht gerne vollzieht. Er ist aber auch ideologisch nicht so zu überhöhen, wie Sie das eben versucht haben darzulegen. Denn dadurch wird eben nicht „Frauenpolitik abgewickelt“ oder „müssen Frauen nicht unter Brücken schlafen“, wie Sie es eben formuliert haben.

Ansonsten hätten Sie damit, dass Sie hier eben klar gemacht haben, dass Sie als Parlament irgendwann einmal Korrekturen an den Vorschlägen der damaligen Landesregierung vorgenommen haben, meiner Vorgängerin im Amt, Frau Fischer, unterstellt, sie und alle anderen Kabinettsmitglieder – ich sehe hier unter anderem Frau Schäfer – hätten die Absicht verfolgt, „Frauenpolitik abzuwickeln“ und dafür zu sorgen, „dass Frauen unter Brücken schlafen müssen“.

Die Landesregierung hatte das damals so beschlossen. Ich unterstelle weder meiner Kollegin Fischer noch der alten Landesregierung, dass sie so etwas vorgehabt hätten.

(Günter Garbrecht [SPD]: Es gibt auch noch ein Parlament!)

– Ich weiß, dass das Parlament das korrigiert hat. Ich finde es aber trotzdem unpassend, der Kollegin Fischer, der Kollegin Schäfer und dem früheren Ministerpräsidenten zu unterstellen, sie hätten mit dem Streichen der vierten Stelle die Absicht gehabt, Frauen zum Schlafen nur noch unter Brücken zu verurteilen. Das ist überzogene Rhetorik.

(Beifall von der CDU)

Wir haben als Landesregierung für den Aufbau und die Finanzierung einer Datenbank gesorgt, die es erlaubt, sofort festzustellen, wo noch freie Frauenhausplätze vorhanden sind. Dadurch entfällt langwieriges Telefonieren auf der Suche nach freien Kapazitäten.

Hätten wir in diesem Politikfeld die Rasenmähermethode angewandt, hätte das für 48 Frauennotrufe, 55 allgemeine Frauenberatungsstellen und acht spezialisierte Beratungsstellen gegen Menschenhandel bedeutet, dass diese ihre Arbeit hätten einstellen müssen. Diese drei Bereiche haben wir aber völlig ausgenommen und sind deshalb zu der Lösung „vierte Stelle“ gekommen.

Ich habe ein Frauenhaus in Oberhausen besucht und weiß, was dort geleistet wird. Ich weiß, was wir jetzt den Frauen zumuten, die Mehrarbeit leisten müssen, um die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Aber im Ergebnis wird kein Frauenhaus schließen müssen. Wir haben darüber hinaus auch weiterhin gut qualifizierte Zufluchtsstätten für Frauen in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Frau und Beruf! Auch zu diesem Thema habe ich im Ausschuss angekündigt, dass wir für das Jahr 2006 die Möglichkeit, die Arbeit fortzusetzen, erreichen wollen, damit wir im Jahre 2007 zu einer Neustrukturierung der Regionalstellen „Frau und Beruf“ kommen können. Das war meine Zusage im Ausschuss.

Sie haben mich daran noch einmal erinnert, waren aber ein bisschen zu schnell, Frau Steffens und Frau Fischer, mit Ihren Pressemitteilungen: „Frauen zurück an den Herd!“, „Im Sommer gibt es ein Massensterben von Regionalstellen „Frau und Beruf!“, „Die Koalitionsfraktionen plündern den Haushalt des Ministers ohne Gegenwehr des Ministers!“, so sagen Sie.

Sie waren zu schnell, denn es wird keine Regionalstelle „Frau und Beruf“ irgendjemanden in diesem Jahr entlassen müssen.

Eben haben einige Kolleginnen es schon angedeutet: Wir haben die Möglichkeit, im Rahmen der aktuellen Förderphase des Europäischen Sozial-

fonds in diesem Jahre noch Gelder für arbeitsmarktpolitische Zwecke einzusetzen. Wir haben die Absicht, bei einem Einsatz von Mitteln für die Regionalstellen, für die arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen unter den Frauen wie Wiedereinsteigerinnen oder Existenzgründerinnen diese 1,2 Millionen €, die jetzt in den Bereich Kinder und Jugend verlagert werden, zusätzlich aus dem Europäischen Sozialfonds in die Regionalstellen zu stecken.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Insofern ist das, was Sie verkündet haben, alles heiße Luft gewesen. Die Arbeit wird in diesem Jahr weitergehen, wie ich es Ihnen im Ausschuss auch zugesagt habe.

Ich denke, dass der Haushalt des Ministers nicht ohne Gegenwehr geplündert wird, sondern dass der Minister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen des Hauses nach intelligenten Formen gesucht und diese auch gefunden haben, mehr europäisches Geld in den Bereich Frauenpolitik zu stecken und trotzdem einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Ich glaube, so kann man auch in Zeiten knapper Kassen wichtige Infrastrukturen beibehalten.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Priggen. Würden Sie die zulassen?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Minister, ganz herzlichen Dank. – Ich möchte Sie fragen, ob Sie es nicht auch befremdlich finden – ich bin im sechsten Jahr im Parlament –, dass weder der Finanzminister noch die Fachabteilung anwesend ist. Ich finde es nicht in Ordnung, dass bei einer Diskussion über den Haushalt weder Finanzminister noch Fachabteilung des Finanzministeriums im Parlament ist. Ich kenne das aus den letzten Jahren nur so, dass sie aus Respekt gegenüber dem Parlament und um die Debatte mitzubekommen da sind. Die Frage ist, ob es in Ordnung ist, dass sie jetzt nicht hier sind. Das kann doch normalerweise nicht sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Sie wissen, warum der

Ministerpräsident heute nicht da ist, dass es einen wichtigen Anlass dafür gibt.

(Zustimmung von Reiner Priggen [GRÜNE])

Der Finanzminister ist bei der Finanzministerkonferenz in München. Und auch da geht es an diesem Tag

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

– er war gestern den ganzen Tag hier –

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

um wichtige Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen, die wir wahren müssen. Sie wissen: Wir sind im Länderfinanzausgleich ein Zahlerland. Deshalb ist es im Interesse des Landes, wenn sich der Finanzminister – das ist auch der Präsidentin bekannt gegeben worden – für diese Sitzung entschuldigt hat. Ich denke nicht, dass das eine Missachtung des Parlaments ist. Leider kann man sich mit den Sitzungen nicht immer an solchen bundesweiten Konferenzen orientieren. Dieser Finanzminister – auch das müssen Sie zugeben, Herr Priggen – nimmt die Sitzungen des Parlaments ansonsten mit großer Präsenz wahr.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Heute verstehe ich, dass er einen anderen Schwerpunkt gesetzt hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrte Damen und Herren, wir sind am Ende dieses Teilbereichs und kommen jetzt zum dritten **Teilbereich** des Einzelplans 15: „**Integration und Eine-Welt**“.

Hierzu hat sich zunächst Frau Abgeordnete Tillmann zu Wort gemeldet, SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Angela Tillmann (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die von CDU und FDP eingebrachten Änderungsanträge im Bereich „Eine-Welt-Politik und Migration“ verschlagen einem fast den Atem. Die Kürzungen um 83 % bei den „Zuweisungen für kommunale Entwicklungsarbeit“ bedeuten das Aus der Landesförderung in diesem Bereich. Eine-Welt-Politik und Entwicklungszusammenarbeit sind keine Landesthemen mehr.

CDU und FDP bekunden durch diese Streichungen, dass ihnen die Unterstützung der ehrenamtlichen Leistungen von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich keinen Cent mehr wert ist.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es!)

Vermutlich hätten sie den Ansatz auf null gefahren, wenn das noch gegangen wäre. Ich unterstelle jetzt einfach einmal, dass in diesem Haushalts-titel die eingestellten 300.000 € längst ausgegeben sind,

(Minister Armin Laschet: Nein!)

sodass dann, wenn der Haushalt verabschiedet wird, 0 € in diesem Topf sind.

Die FDP hatte bereits im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration durchblicken lassen, dass sie den Bereich „Eine-Welt-Politik“ als – ich sage mal – lässlich empfindet. Und wieder einmal erleben wir, wie die kleine FDP-Fraktion die mitgliederstarke CDU-Fraktion am Nasenring durch die Arena schleift.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von Ministerin Christa Thoben – Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es! Das hat es früher nicht gegeben! – Weitere Zurufe)

CDU und FDP beabsichtigen, den Ansatz „Förderungen von Maßnahmen und Initiativen zur Integration Zugewanderter“ nochmals um 2 Millionen € zu kürzen – insgesamt also eine Kürzung um 31 %: von 17,8 Millionen € in 2005 auf aktuell 12,17 Millionen € in 2006.

Ich frage Sie nun, Herr Minister Laschet ... Wo ist er? – Er ist leider nicht da.

(Minister Armin Laschet betritt den Plenarsaal. – Allgemeine Heiterkeit)

Waren Sie an der Erarbeitung dieser Änderungsvorschläge beteiligt? Egal, wie Sie diese Frage beantworten: Es wird für Sie immer ein Dilemma sein. Denn entweder waren Sie nicht beteiligt – dann werden Sie von Ihrer Regierungskoalition wieder einmal vorgeführt, da Sie sich mit Ihrem ursprünglichen Ansatz nicht haben durchsetzen –, oder Sie waren beteiligt – und dann ist eigentlich noch schlimmer, dass Sie noch einmal 2 Millionen € im Bereich der nachholenden Integration kürzen wollen.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen darauf achten, Herr Minister Laschet, dass Ihre CDU- und FDP-Fraktionen Sie nicht zum Integrationsminister mit kw-Vermerk machen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Wir sind uns alle einig – ich denke, das ist fraktionsübergreifend der Fall –, dass die Beherr-

schung der deutschen Sprache eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist. Ebenso einig sind wir uns wohl auch alle, dass Sprachförderung schon im frühen Kindesalter beginnen muss.

Vergessen dürfen wir aber auf keinen Fall die bereits seit vielen Jahren hier lebenden Migrantinnen und Migranten, die noch nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – sei es aufgrund sprachlicher und/oder kultureller Barrieren. Genau hier setzen die Maßnahmen der nachholenden Integrationsarbeit an. Und genau diese Maßnahmen sollen jetzt zusammengestrichen werden.

Es war falsch zu glauben, Integration passiere von alleine. Es war auch falsch zu glauben, Deutschland sei kein Zuwanderungsland. Es ist falsch, den Schwerpunkt der Integrationspolitik nur auf die Sprachförderung bei Kindern zu legen.

Sie können doch nicht zwei Generationen an Migrantinnen und Migranten bewusst außen vor lassen und den Förderbereich der nachholenden Integration ausbluten.

(Beifall von der SPD)

In Zeiten, in denen das Thema „Integration, Migration und Zuwanderung“ von hohem gesellschaftlichem Interesse und von hoher Brisanz ist, setzen Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, den Rotstift in diesem Bereich an.

Noch nie wurden so wenig Mittel für die Migrations- und Integrationspolitik in den Landeshaushalt eingestellt wie jetzt im Jahr 2006. Es sind keine Kürzungen, die wir in diesem Bereich brauchen, sondern wir brauchen Erhöhungen.

Wir als SPD-Fraktion haben in diesem Bereich sinnvolle und vor allen Dingen haushaltsverträgliche Anträge gestellt. Sollte es bei den Landesmaßnahmen für Zugewanderte zu Minderausgaben kommen, so wollten wir, dass die dort eingesparten Mittel dann für die nachholende Integration eingesetzt werden sollten.

CDU und FDP teilen ja mittlerweile unsere Einschätzung, dass bei der Kostenpauschale gemäß § 9 Abs. 2 Landesaufnahmegesetz Einsparungen erzielt werden können. Der Ansatz wurde um 1,38 Millionen € verringert. Nur wurden die Mittel dann nicht für die nachholende Integration eingesetzt.

Mir als neuem Mitglied in diesem Landtag wurde berichtet, dass gerade im Bereich „Integration und Migration“ immer ein Einverständnis da war und im Grunde genommen versucht worden ist, ein

Benehmen herzustellen. Von daher fordere ich Sie auf: Nehmen Sie die Kürzungen in diesem Bereich zurück, und stimmen Sie unseren Anträgen zu! In der Integrationspolitik sind bereits genügend Fehler gemacht worden. Aber das Gute an Fehlern ist: Man muss sie nicht zweimal machen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nächster Redner ist der Abgeordnete Solf, CDU-Fraktion.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn jetzt Kurt Tucholsky hier stünde, dann würde er sagen: Wenn die SPD mal nichts mehr hat, dann wird sie wenigstens starke Bedenken haben.

(Beifall von der CDU)

Nun zur eigentlichen Auseinandersetzung, zu Kapitel 15 060 und den anderen davor und danach: Das, was sich hinter dieser Haushaltsprosa verbirgt, ist eines jener Politikfelder, auf denen entschieden wird, ob unsere Gesellschaft auch in zehn Jahren und in 20 Jahren noch lebenswert sein wird. Wenn die heute eingebrachte Saat taub bleiben wird, dann gnade uns Gott oder – richtiger – dann gnade Gott unseren Kindern.

Wenn wir das Wort von der Einen Welt nach innen wie nach außen ernst nehmen, dann muss zunächst der unumkehrbare Globalisierungsprozess so beeinflusst werden, dass er möglichst viele Gewinner hat. Denn nur wenn die Völker – ich spreche von den Völkern und nicht von den Eliten – der Dritten Welt von ihm profitieren, werden sie ihrerseits zu Abnehmern von Leistungen, die wir ihnen anbieten können. Nur so kann erreicht werden, dass nicht auch wir zu den Verlierern des Prozesses gehören.

Die Schaffung der Einen Welt ist aber ebenso eine innenpolitische Aufgabe. Denn wenn es uns nicht gelingt, zentrifugale Tendenzen aufzuhalten, Parallelgesellschaften auszutrocknen und sie in ein gemeinsam getragenes Ganzes zu überführen, dann wird unser Land scheitern. Während dieses Scheiterns werden Tausende und Abertausende junger Menschen ihrer Zukunftschancen beraubt werden. Zu einem Integrationsprozess, der die Lebenschancen derjenigen verbessert, die heute jung sind, kann es keine Alternative geben.

Mit großer Bitterkeit stelle ich aber fest, dass die Ressourcen, die man bräuchte, um auf dem so beschriebenen Feld auch in unserem Land bald

vieles zu ernten, durch jahrzehntelange rote und rot-grüne Misswirtschaft verbrannt worden sind. Dabei denke ich nicht nur an das Geld, das schlichtweg nicht mehr da ist. Ich denke auch an das jahrelange Verdrängen der täglich deutlicher werdenden Migrantprobleme durch Rot und Grün.

(Beifall von der CDU)

Gerne merke ich bei dieser Gelegenheit an, dass Sie, Frau Kollegin Altenkamp, nicht zu den Wegguckern gehört haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie auch nicht, Herr Solf!)

Was kann man nun auf einem dermaßen ausgeplünderten Acker tun? Man muss die Ressourcen besser organisieren. Das Wenige, das man noch hat, das muss man dort einsetzen, wo es möglichst zukunftsgerichtet wirkt.

Genau das tun wir mit unseren Vorschlägen. Die vorhandenen Strukturen der Eine-Welt-Arbeit wollen wir stärker institutionell bündeln und sie mit internationalen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen vernetzen. Das neu ausgerichtete Eine-Welt-Koordinatorenprogramm belegt, dass eine zielgerichtete Eine-Welt-Arbeit weiterhin möglich ist.

Die Eine Welt im Inneren fördern wir durch die wegweisende und vorbildliche Arbeit der regionalen Arbeitsstellen, dieser höchst wirksamen Migrationsagenturen vor Ort. Mit dem „KOMM IN-NRW“-Programm helfen wir den Kommunen bei ihren Integrationsbemühungen. Wir berücksichtigen die berechtigten Interessen der LAGA. Das gilt auch für die Migrationsdienste, deren Stärkung uns aber weiterhin eine wichtige Zukunftsaufgabe bleibt. Wir legen ein gut dotiertes Sonderprogramm „Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten“ auf. Wir verbessern nachhaltig die Chancen der Kinder mit Migrationshintergrund und stärken dazu die Bildungsarbeit der Kindergärten mit 23 Millionen € für einen Aktionsplan frühkindliche Förderung. Die Mittel für die vorschulische Sprachförderung werden wir in einem ganz großen finanziellen Kraftakt mehr als verdoppeln. Wir tun also alles, was auf einem fast verbrannten Acker überhaupt nur möglich ist.

Ich fordere Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, auf, uns konstruktiv zu begleiten. Denken Sie an Kurt Tucholsky, und übertönen Sie nicht die Verzweiflung über Ihre eigenen Versäumnisse mit Gezeter gegen uns, die wir jetzt den Karren wieder aus dem Dreck ziehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat Frau Abgeordnete Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Solf, Sie machen es mir eigentlich recht schwer. Zu Beginn meines Redebeitrags wollte ich eigentlich einmal den Minister loben. Er hat heute zu Recht, wie ich finde, eine Menge Prügel für die Kinder-, Jugend- und Frauenpolitik einstecken müssen. Aber, Herr Minister, in der Integrationspolitik, finde ich, gehört auch einmal ein Lob von unserer Seite in diesen Raum.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn aus meiner Sicht haben Sie hier in den letzten Wochen und Monaten nach den üblichen CDU-Reflexen, wenn es um Integrationspolitik geht – wegsperren, abschieben, verdrängen –, wirklich eine wohltuende neue Rhetorik für die CDU eingeführt.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

– Herr Solf, Sie auch, nicht nur Herr Laschet. – Erstens ist das die Anerkennung und auch das Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland. Zweitens haben Sie als erster CDU-Politiker das Wort „multikulturelle Gesellschaft“ in den Mund genommen, um nicht sofort zu sagen: Das sind diese Multikulti-Romantiker.

Vielmehr haben Sie es mit den Worten gesagt: Wir müssen die multikulturelle Gesellschaft gestalten und dürfen sie nicht leugnen. – Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von den GRÜNEN)

So, jetzt höre ich aber auf mit dem Loben, denn ein bisschen grüne, neue Rhetorik und das Schild mit der Aufschrift „Integrationsminister“ an Ihrem Ministerium allein machen aus meiner Sicht noch keine gute neue Integrationspolitik aus.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, meine Damen und Herren: In den nächsten zehn Jahren werden in den Ballungszentren in Nordrhein-Westfalen 50 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben. Die meisten dieser Kinder bringen eine Zweisprachigkeit mit. Das heißt, sie haben ihre Herkunftssprache, und für sie ist Deutsch – ob wir es wollen oder nicht, meine Damen und Herren rechts auf den Bänken – eine Zweitsprache. Ich sage Ihnen: Unser Bildungssystem, aber auch unser System im Elementarbereich, in den Kin-

dergärten, sind auf diese Herausforderungen noch lange nicht eingestellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen die Bildung im Elementarbereich völlig neu aufstellen, und wir brauchen eine Neuausrichtung in der Schulpolitik. Wir müssen die Übergänge vom Kindergarten in die Schule und vor allen Dingen den ganz schwierigen Übergang von der Schule in den Beruf gerade für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund neu organisieren. Das heißt, wir brauchen eine durchgängige Förderung der Mehrsprachigkeit. Wir brauchen die Mehrsprachigkeit als einen Gewinn für unsere Gesellschaft. Aus Halbsprachigkeit muss eine kompetente Mehrsprachigkeit werden. Dazu müssen wir die Muttersprachen, also die Herkunftssprachen, in den Regelunterricht einbeziehen.

Wir brauchen ein Sprachkonzept, das Sprachförderung als kontinuierliche Aufgabe über mehrere Jahre hinweg versteht und nicht – das ist das, was ich an Ihrem Ansatz als Gefahr sehe – in Form eines verordneten Crashkurses im Kindergarten: sechs Monate Unterricht, Zertifikat, und damit ist das Thema erledigt. Es ist gut gemeint, da Geld zu investieren. Aber es besteht die Gefahr, dass das zu einer Fehlinvestition wird.

Besser wäre es aus meiner Sicht, das viele Geld, das Sie da in die Hand nehmen, wirklich in die Fläche zu geben, in eine Offensive zur Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern und in eine Reform der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, damit wir die Sprachförderung kontinuierlich in die Klassen und die Kindergärten mit Migrantenkindern hineinbringen. Sprachförderung ganzheitlich gedacht!

Stattdessen gibt es bei den Kitas Kürzungen. Darüber haben wir heute Morgen schon gesprochen. Ich will hinzufügen, dass ich es auch für einen ganz falschen Weg hielte, als Deckung für die Sprachförderung im Elementarbereich bei der nachholenden Integration zu kürzen. Wir haben bei der nachholenden Integration – Herr Minister Laschet, das erwähnen Sie oft überhaupt nicht; dazu sollten Sie noch etwas sagen – Kürzungen von an die 6 Millionen €. Wir müssten das Gegenteil machen und da zusätzlich Geld investieren; denn wir wissen alle: Die Sprachförderkurse nach dem Zuwanderungsgesetz sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie reichen bei weitem nicht aus. Bei der nachholenden Integration sind die Länder gefragt. Hier kürzen Sie. Damit gehen Sie in eine völlig falsche Richtung.

Zum Eine-Welt-Bereich: Herr Laschet, ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie dem billigen Populis-

mus von Papke und Co. hier nichts entgegenhalten konnten und bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit über 80 % einsparen. Das ist kein normaler Konsolidierungsbeitrag, den alle irgendwie zu verkraften haben. Nein, das ist ein politisches Signal.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Netzwerk aufgebaut, das sich bundesweit sehen lassen kann. Das ist ein gut organisiertes Netzwerk im Rahmen des Eine-Welt-Engagements. Von allen Bundesländern haben wir hier die besten Netzwerkstrukturen. Hier die Axt anzusetzen, das ist ein politisches Signal. Ich sage Ihnen: Das sind keine dummen grünen Spielwiesen, sondern das ist ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftspolitischen Engagement. Das ist gut investiertes Geld für den Eine-Welt-Bereich.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Hier wird ganz klar, dass dies nicht die Wertschätzung der neuen Regierung erfährt. Durch die FDP – um es ganz klar zu sagen, Herr Minister: Sie haben sich immer dahinter gestellt, aber Sie haben sich nicht durchsetzen können –, durch ein paar billige, populistische, dumme Sprüche von Herrn Papke werden hier Netzwerke zerstört. Das halte ich für eine Katastrophe. Das finde ich auch blamabel und das finde ich erbärmlich, Herr Lindner.

Unsere Politik ist eine andere. In diese Bereiche würden wir weiter investieren. Wir haben entsprechende Änderungsanträge gestellt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Ein letzter Satz, Herr Präsident. Sie sind heute aber ganz korrekt. – Herr Laschet, ich fände es schön, wenn Ihren guten Worten, die Sie zur Integrationspolitik öffentlich äußern, noch mehr Taten folgen würden. Dann hätten Sie uns auch an Ihrer Seite.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich hatte schon eine Minute dazugegeben. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Lindner für die FDP-Fraktion das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir haben uns als Koalition in der Integrations- und Eine-Welt-Politik aufgemacht, uns auf das Kerngeschäft in diesem Po-

litikfeld zu konzentrieren, dafür aber auch Ergebnisse bei diesen Kernaufgaben der Integrations- und der Eine-Welt-Politik vorzuweisen. Deshalb werden etwa die Mittel für die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen mehr als verdoppelt. Wir haben in den Beratungen zwischen den Fraktionen weitere 2 Millionen € mobilisieren können, um einen echten Schwerpunkt bei der Sprachförderung zu setzen.

Liebe Frau Düker, es ist beachtlich, dass Sie den Ansatz dieser zeitlich beschränkten Maßnahmen kritisieren. Das ist nämlich nicht unsere Idee, sondern das war das Programm der rot-grünen Koalition. Sie wollten nur solche Einrichtungen fördern, die mehr als 50 % Zugewanderte pro Gruppe vorzuweisen haben, obwohl die Probleme in den Einrichtungen, die etwa nur einen 45%igen Anteil an Zuwanderern pro Gruppe haben, in Wahrheit nicht kleiner sind.

Da man solche Programme nicht so schnell umbauen kann, haben wir die bisher laufenden Maßnahmen verlängert. Sie werden auch fachlich weiterentwickelt, und wir haben sie finanziell wesentlich besser ausgestattet. Gleichwohl haben wir, auch im Zuge der Novelle des GTK, das Ziel, die Sprachförderung in die reguläre Förderung von Kindertageseinrichtungen zu überführen; denn auch wir wissen: Die Sprachförderung ist dann am erfolgreichsten, wenn sie, vielleicht auch über drei Jahre hinweg, in Alltagssituationen stetig erfolgt. Das ist das Ziel, das wir mit der Novelle des GTK verbinden, die in diesem Jahr beraten wird.

Zu den Landesmaßnahmen für Zugewanderte: Wir haben hier in den Beratungen zwischen den Koalitionsfraktionen Veränderungen gegenüber dem Entwurf der Landesregierung vorgenommen, weil wir der Auffassung sind, dass man die positiven Ergebnisse des Umsteuerungsprozesses bei den regulären Beratungseinrichtungen würdigen muss.

Von der Vorgängerregierung ist im Jahr 2004 vereinbart worden, dass sich etwa Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen auch für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte öffnen sollen. Wir stellen nun fest, dass es erste Erfolge gibt. Deshalb sollten sich die Fachdienste, sollte sich die Migrationssozialarbeit auf die zugewanderungsspezifischen Belange konzentrieren. Die anderen Bedürfnisse sollten von den regulären Einrichtungen abgebildet werden. Daher ist es möglich, Gelder aus diesem Bereich zurückzuführen.

Ich füge hinzu: Die Zahl etwa der Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge, die wir in Nordrhein Westfalen aufnehmen, ist seit dem Jahr 2004 von

etwa 16.000 auf etwa 8.000 im Jahr gesunken. Auch das öffnet Spielräume, macht Ressourcen frei, die in anderen Feldern besser und effizienter eingesetzt werden können.

Zur Eine-Welt-Politik: Wir freuen uns sehr, dass der Minister durch eine Organisationsentscheidung in seinem Ministerium deutlich gemacht hat, dass Nordrhein Westfalen ein bedeutender Standort von UN-Institutionen ist. Wir begrüßen, dass die Landesregierung beabsichtigt, eine integrierte Internationalisierungsstrategie erstmals zu erarbeiten, damit nicht bei jedem Auslandsbesuch eines Ministers ein Kooperationsabkommen geschlossen wird, das dann nie nachgehalten wird und wo nie nach einigen Jahren geprüft wird, was daraus an konkreten Maßnahmen abgeleitet worden ist.

Auf der anderen Seite begrüßen wir, dass das Promotorenprogramm verändert worden ist. Es ist fachlich weiterentwickelt worden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie haben von 40 auf 25 Promotoren gekürzt!)

– Liebe Frau Düker, bei dem Promotorenprogramm hat doch die Vorgängerregierung – wenn ich es richtig erinnere: im Jahre 1999 – eine Evaluation vorgenommen. Das Ergebnis war: Diese Promotoren, die nicht einmal flächendeckend hatten arbeiten können, haben bei den Ehrenamtlern eine Mitnahmentalität provoziert und haben deshalb gar nicht die Ergebnisse erreicht, die Sie mit dem Programm verbunden haben. Diese Evaluation haben Sie nie mehr thematisiert, sondern Sie haben das Programm einfach weiterlaufen lassen. Ich habe da schon den Eindruck, dass damit bestimmte Klientelinteressen befriedigt werden sollten.

Wir haben in den Verhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen die Mittel für die kommunale entwicklungspolitische Arbeit reduziert. Angesichts dessen, dass schon etwas verausgabt worden ist, ging nicht alles,

(Monika Düker [GRÜNE]: 80 %!)

aber wir haben mit Beschluss des Haushalts dafür gesorgt, dass keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben auch dort Mitnahmeeffekte beendet. Die Kommunen, die Schwerpunkte bei der Eine-Welt-Politik setzen wollen, können das aus den allgemeinen Mitteln, die das Land ihnen zur Verfügung stellt, nach wie vor tun. Für die einzelne Kommune waren es nicht so viele Mittel, dass jetzt tatsächlich Gelder fehlen würden, weil sich das Land hier zurückzieht.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Christian Lindner (FDP): Ein letzter Gedanke, Herr Vesper: Wir haben eine Multikulti-Orientierung beendet, die nicht zielführend war. Wir haben eine Politik der besten Absichten ersetzt durch eine Politik, die auf Ergebnisse setzt.

(Beifall von der FDP)

Von daher konzentrieren wir uns auf das Kerngeschäft auch in diesem Politikfeld. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat Herr Minister Laschet das Wort für die Landesregierung.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst für die freundlichen und freundlich gemeinten Worte von Frau Düker.

(Zuruf von der SPD: Tut doch gut, nicht?)

– Ja, das tut auch mal gut; das stimmt. – Aber ich denke, es ist auch wichtig, an der Stelle einmal zu sagen, dass man ja auch auf etwas aufbauen konnte. Es gibt seit 2001 die Integrationsoffensive dieses Landtags. Im Gegensatz zu vielen anderen Landesparlamenten hat es hier auch in der Vergangenheit über die Grundzüge der Integrationspolitik keinen mit Begriffen aufgeheizten parteipolitischen Streit gegeben, sondern in den Grundzügen haben die Kollegen Solf, Kufen und viele andere die politischen Lager zueinander geführt.

In Deutschland findet dieser Prozess erst so langsam statt. Wenn Sie die Debatten verfolgen, die im Moment zwischen den A- und B-Ländern bei der zurzeit tagenden Innenministerkonferenz oder Ähnlichem stattfinden, erkennen Sie: Das sind kleine Streitigkeiten in der Substanz, wenn Sie abfragen, worum es bei der Integrationspolitik geht.

Wenn ich an die großen Schlachten der vergangenen Jahre denke, etwa an die Debatten um das Asylrecht Anfang der 90er-Jahre, als 300.000 bis 400.000 Menschen über den alten Art. 16 kamen – da war man jahrelang politisch nicht sprachfähig, weil man nur über diese Frage gestritten hat –, dann sind wir, glaube ich, einen großen Schritt weiter. Hier im Landtag war man das vielleicht schon vor dieser bundesdeutschen Entwicklung. Ich glaube, dass dieses Thema eines ist, das, wenn es irgend geht, aus dem parteipolitischen Streit herausgehalten werden sollte.

Die Kollegin der SPD hat eben gesagt, man müsse aufpassen, dass man kein Integrationsminister mit kw-Vermerk wird. Ich glaube, die Gefahr besteht zunächst einmal nicht. Denn der Ministerpräsident hat ja, indem er dieses erste Integrationsministerium in Deutschland errichtet hat, ganz bewusst einen neuen Weg gehen wollen. Ich denke, wir werden in anderen Ländern demnächst eher Minister „ke“ haben, also künftig einzurichtende Ministerien, denn andere Länder werden diesem Trend folgen. In Berlin ist man mit einer Staatsministerin im Kanzleramt dieser nordrhein-westfälischen Empfehlung schon gefolgt. Ich glaube, dass sich das ausdehnen wird.

Ich würde gerne, weil wir jetzt keine Grundsatzdebatte zur Integrationspolitik machen können, auf die Bemerkung zu den Crashkursen eingehen, Frau Düker, weil ich glaube, dass Sie an dem, was wir im Moment machen, etwas ernsthaft missverstanden haben. Sie hatten das auch schon in Pressemitteilungen vorab gesagt.

Das Geld, das jetzt in die Sprachförderung gesteckt wird, soll in die bereits bestehenden Systeme fließen. Das sind Crashkurse. Die hat die alte Regierung über Jahre gefördert. Aber exakt von diesen Crashkursen wollen wir weg. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt Crashkurse einführen würden und uns jemand erklären müsste, dass man das zur Regelaufgabe in den Kindergärten machen muss. Die Crashkurse gab es schon. Wir werden genau das mit einem neuen Gesetz für die Kindertagesstätten, das Sie heute Morgen schon sehr kritisch beleuchtet haben, in den Kindertagesstätten zur Regelaufgabe machen, die auch in die Finanzierung einfließt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb brauchen wir einen Systemwechsel.

Sie können mit dem jetzigen Kindergartensystem nicht eine Regelaufgabe wie Sprachförderung steuern – pro Kind da, wo es landen soll –, wenn man es nach der bisherigen Pauschallösung macht. Insofern sind wir, Frau Düker, genau in dem Systemwechsel. Damit es aber schon in diesem Jahr beginnt, sollen bisher 42.000 Kinder in den Genuss einer Sprachförderung kommen – 20.000 in Kindertageseinrichtungen und 22.000 direkt vor der Schule. Durch die Mittel, die zusätzlich bereitgestellt werden, erreichen wir jetzt 70.000 Kinder. Das sind 30.000 Kinder mehr, die bisher abgelehnt werden mussten, weil die Crashkurse voll sind. Ich meine, das ist eine Bildungsinvestition in 30.000 Kinder, die bei ihrer Einschulung deutlich spürbar sein wird.

Das Programm, das die Fraktionen von CDU und FDP noch einmal vorgeschlagen haben, Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten, wird seine Wirkung ebenfalls im Integrationsbereich zeigen. Insofern haben wir durch Umverlagerungen im Haushalt Schwerpunkte gesetzt. Auf Dauer muss man sicher mehr machen. Aber für dieses Haushaltsjahr waren das die richtigen Signale.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur Eine-Welt-Politik und zur internationalen Zusammenarbeit sagen. Auch die haben wir neu ausgerichtet. Die alte Regierung hat sich hier wesentlich auf die 3.000 Eine-Welt-Gruppen und das Promotorenprogramm konzentriert. So ganz unerfolgreich war das Promotorenprogramm übrigens nicht. Es ist nämlich ein Karriereförderungsprogramm. Der Promoter, der bis vor wenigen Jahren in Aachen tätig war, ist vor wenigen Tagen zum neuen afghanischen Außenminister gewählt worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war natürlich nicht die Absicht Ihres Programms, aber das zeigt, was manchmal aus einem Promoter werden kann. Wenn wir alle Außenminister der Welt in Zukunft aus dem Promotorenprogramm speisen, erhöht das auch den deutschen Einfluss in der Welt.

(Zustimmung von der CDU)

Aber unabhängig von dieser nicht ganz ernsthaften Bemerkung haben wir diese vereinzelt Promotorenprogramme, die es irgendwo im Land gab, restrukturiert, auf 15 regionale Koordinatoren konzentriert, sodass sich jeder Koordinator, den wir heute haben, auch für eine ganze Region verantwortlich fühlt. Ich meine, dass das ein Stück des Evaluierungsergebnisses, das Herr Lindner angesprochen hat, ist und diese Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft erhält.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, die vereinbarte Redezeit ist überschritten.

Minister Armin Laschet: Bitte schenken Sie mir noch 20 Sekunden.

Wenn man kürzen muss, so halte ich das Programm der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit für dasjenige, womit man das am leichtesten machen kann. Wir konnten nicht nachvollziehen, für was eigentlich das Geld ausgegeben wird. Das Geld wird pauschal an die Kommunen gegeben. Manche haben sinnvolle Projekte gemacht, manche haben irgendetwas daraus gemacht.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, wenn man sparen muss, dann muss man prüfen, wo es sinnvoll ist. Die Koordinatoren bleiben. Die 300.000 € stehen auch noch zur Verfügung und sind nicht ausgegeben worden, wie eben jemand vermutet hat. Diejenigen Kommunen, die besonders aktiv sind, können auch noch in diesem und im nächsten Jahr Gelder daraus bekommen.

Wenn wir die Stiftung Umwelt und Entwicklung auch für breitere Kreise öffnen, als sie bisher geöffnet war, wenn wir das regionale Koordinatorenprogramm und die Thematik der Eine-Welt-Arbeit und der internationalen Zusammenarbeit öffnen, dann wird auch dieses Politikfeld ein Bestandteil im Nord-Süd-Land Nordrhein-Westfalen sein. Wir sind nämlich das Nord-Süd-Land in Deutschland, haben den UNO-Standort Bonn und müssen das stärker ins Landesbewusstsein transportieren. Das haben wir uns beim Landesjubiläum auch vorgenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 15 sehe ich nicht. Wir sind damit am Ende der Beratungen. Die Abstimmungen werden wir, wie vereinbart, nach der Mittagszeit nachholen.

Bevor ich zur Beratung des nächsten Einzelplans überleite, habe ich noch einen Nachtrag zum Tagesordnungspunkt 1. Mittlerweile liegt mir das vorläufige Protokoll vor. Ausweislich des vorläufigen Protokolls hat Herr Abgeordneter Linssen als Finanzminister von der Regierungsbank aus während der Rede von der Abgeordneten Frau Altenkamp zu TOP 1 Hundejaulen nachgeahmt. Das ist nach meiner Auffassung eine Herabsetzung der parlamentarischen Debatte von der Regierungsbank aus, die ich für unangemessen halte. Gerade Herr Linssen, der lange auf diesem Stuhl gesessen hat, sollte die Würde des Parlamentes achten und die aus diesem Verhalten sprechende Überheblichkeit der zweiten Gewalt gegenüber der ersten Gewalt ebenso kritisch einschätzen, wie ich das tue.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich leite nun über zu **Einzelplan 06:**

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/1706, ferner auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die Sie in der Tischvorlage – Neudruck – unter den Nummern 85 bis 89 finden, und die Änderungsan-